

# KERAMISCHER

VII/Nr. 5 BERLIN  
30. Januar  
1932

Bezugspreis 1,20 RM im Vierteljahr. Veranwortlich:  
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grunzel, beide  
Charlottenburg 1, Braestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm  
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND  
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE  
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

# BUND

## Unser Verband im Sturm der Wirtschaftskrise

Schwer lastet die Wirtschaftskrise auf der deutschen Arbeiterklasse. Sie zermürbt den einzelnen, hemmt seine Spannkraft, sofern er sich nicht mit aller Energie dagegen zur Wehr setzt. Sie lastet nicht minder schwer auf den Organisationen der Arbeiterklasse, insbesondere auf den Gewerkschaften. Wie sollte es anders sein? Die Gewerkschaften haben die ganze Wucht der Krise zu tragen. Ihren Aufgaben, ihren Zielen, ihren Bestrebungen, ihrem Hauptzweck werden von der Wirtschaftskrise die stärksten Hemmungen bereitet. Mag der Trieb zur gewerkschaftlichen Aktivität noch so stark sein, er wird durch die Wirkungen der Wirtschaftskrise, durch die trostlose Lage des Arbeitsmarktes zur Bescheidenheit gezwungen. Nichts wirkt zermürbender als der Zwang zur Passivität.

Es zeugt für die organisatorische Festigkeit der Gewerkschaften, wenn sie dieser ungeheuren Belastung Stand halten. Es zeugt für die enge Verbundenheit mit dem Verbande für das Vertrauen der Mitglieder, für ihre geistige Einsicht in das Wesen der gewerkschaftlichen Organisation, wenn unser Verband in dem Sturm der Wirtschaftskrise unerschütterlich dasteht, wenn alle zermürbenden Einflüsse wirkungslos geblieben sind.

Krisen sind die stärksten Belastungs- und Druckproben für die Organisation. Die Krisenfestigkeit unseres Verbandes und der freien Gewerkschaften ist die stärkste und überzeugendste Beweiskraft für die gewerkschaftliche Idee. Wäre der Verband nicht das, was er ist, die unbedingt notwendige, aus der sozialen Ordnung geborene wirtschaftliche und sozialpolitische Interessenvertretung der Arbeiterschaft, die starke Gemeinschaft des Kampfes und der gegenseitigen Hilfe, so wäre er längst in sich selbst zusammengebrochen. Er wäre von dem Sturm der Krise wie ein loser Sandhaufen längst auseinander geweht, wäre er nicht festverankert in der gesellschaftlichen Notwendigkeit.

Wenn die Gewerkschaften diese Krise überleben ohne Einbuße ihrer Festigkeit, so ist es bestimmt nicht Schuld der Gegner; sie machen es den Gewerkschaften wahrhaftig nicht leicht. Sie geben sich die größte Mühe, das Fundament der Organisation, das Vertrauen der Arbeiterschaft zum Verbande, zu den Gewerkschaften zu untergraben und zu zerstören. Kein Mittel, sei es auch noch moralisch anrüchlich, scheuen sie anzuwenden, sofern es nur den erhofften Erfolg verspricht. Keine Lüge ist zu schlecht, keine Verleumdung zu gemein, die nicht unsere Gegner von rechts und links gegen den Verband schleudern. Die größten Anstrengungen in dieser Verleumdungskonkurrenz werden unzweifelhaft bei unseren Gegnern von links gemacht, die sich „Revolutionäre Gewerkschafts-Opportunisten“ nennt. Sie begnügt sich nicht damit, den Verband anzugreifen, sie liefert auch den Gegnern von rechts die Wurfgeschosse der Verleumdung. Jede Lüge, jede verleumderische Verächtlichmachung des Verbandes, die der blinde Haß der RGO ausgebrütet, findet wiederum Verwendung bei den Soldknechtsorganisationen des Unternehmertums, bei den National-, sozialistischen und den Gelben mit und ohne Stahlhelm. Die „Einheitsfront“, nach der die RGO immer so laut schreit, ist schon von ihr geschaffen, aber nicht mit den Gewerkschaften, sondern gegen sie, zwischen RGO, Nationalfaschisten und Gelben, zwischen Haß, Dummheit und Unverständnis.

Auch das schleichende Gift der Verleumdung hat die Festigkeit des Verbandes nicht gefährdet. Die gewerkschaftlichen Leistungen des Verbandes in der Wirtschaftskrise machen es unwirksam. Sie offenbaren auch die Schwäche der Gegner. Das ist der gewerkschaftliche Erfolg des Verbandes: Sein gewerkschaftlicher Einfluß hat die marktmäßige Auswirkung des ungeheuren Arbeitsangebots auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der

Wirtschaftskrise verhindert, hat den Lohn nicht ins Bodenlose sinken, die Arbeitsbedingungen nicht so verschlechtern lassen, wie es geschehen wäre, wenn die Unternehmer den Widerstand der Gewerkschaften nicht gefunden hätten. Das gilt auch für die soziale Gesetzgebung. Die deutschen Gewerkschaften sind in dieser gewaltigen Wirtschaftskrise der Damm gewesen, der die Flut der sozialen Reaktion abgehalten hat.

Die Vierte Notverordnung spricht nicht dagegen, sondern dafür. Sie ist nicht das Produkt gewerkschaftlicher Schwäche, sondern der Kraftverteilung im Reich. Die politische Macht des Staates griff in die von den Gewerkschaften geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen ein und setzte den „politischen“ Lohn fest. Die Vierte Notverordnung erbrachte den Beweis für die Notwendigkeit stärkerer Machtentfaltung der Arbeiterklasse, damit eine arbeiterfeindliche Regierungspolitik nicht raubt, was die gewerkschaftlichen Organisationen erkämpft haben. Es ist Demagogie übelster Art, die Lohnherabsetzungen durch die Vierte Notverordnung den Gewerkschaften in die Schuhe schieben zu wollen. Die Schuld tragen vielmehr jene, die durch ihre Zersplitterungspolitik die politische Abwehrkraft der Arbeiterklasse geschwächt haben.

Die organisatorische Festigkeit des Verbandes prägt sich auch in der Gesundheit seiner Finanzen aus. Zwar ist die Anspannung der Finanzkraft des Verbandes infolge seiner großen Leistungen und sozialen Unterstützungen in dieser Wirtschaftskrise sehr stark. Die ungeheure Arbeitslosigkeit im Verbande — Ende Dezember 1931 von 100 40,1 arbeitslose und 23,5 verkürzt arbeitende

Mitglieder — läßt auch die Einnahmen erheblich zurückgehen. Trotz alledem ist die Finanzlage des Verbandes gesund. Welch gewaltige Summen der Verband für soziale Unterstützungen an seine Mitglieder in der Wirtschaftskrise aufgewandt hat, veranschaulichen folgende Zahlen:

Gesamt-Unterstützungen des  
Fabrikarbeiterverbandes:

1929 . . . . .	7 188 109 RM
1930 . . . . .	11 052 003 RM
1931 . . . . .	etwa 11 000 000 RM

Von dem Teil der Beitrags-Einnahmen, die dem Hauptvorstand nach Abzug der Zahlstellenanteile verbleiben, flossen den Mitgliedern an Unterstützungen prozentual wieder zurück:

1929 . . . . .	49 Prozent
1930 . . . . .	84 Prozent
1931 . . . . .	etwa 112 Prozent

Die Ausgaben der Hauptkasse für Verbandsunterstützungen waren im letzten Krisenjahre weit höher als die Beiträge, die der Hauptkasse zugeflossen sind. Diese Tatsache ist eine schlagende Widerlegung aller verleumderischen Behauptungen der rechten und linken Gewerkschaftsfeinde von den hohen Verwaltungskosten der Gewerkschaften. Der Fabrikarbeiterverband hat in den beiden Krisenjahren 1930 und 1931 über 22 Millionen RM Unterstützungen an seine Mitglieder geleistet. Davon entfallen etwa 17 Millionen RM auf Erwerbslosen-Unterstützung (Arbeitslose und Kranke) und etwa 3 Mill. RM auf die Invaliden-Unterstützung. Gegenwärtig unterstützt der Verband über 17 000 alte und invalide Verbandsmitglieder, das ist eine gewaltige Leistung gewerkschaftlicher Solida-

rität, die der Verband in dieser Wirtschaftskrise vollbracht hat. Er hat die Krisennot seiner Mitglieder nach Kräften lindern helfen.

Die organisatorische Festigkeit des Verbandes beruht auf der Treue seiner Mitglieder. Treue auch in den Zeiten der Krise, Vertrauen zwischen Mitgliedern und Leitung, gegenseitige Hilfe in Zeiten der Not, das sind die Grundprinzipien, auf denen der Verband aufgebaut ist (auf denen jede große Gemeinschaft aufgebaut ist). Dieses Vertrauensverhältnis der Mitglieder zum Verband ist wiederum nicht die Folge mechanischer Verwaltungsarbeit, sondern das Ergebnis einer gewaltigen, unermüdeten Organisationsarbeit, die mit unendlicher Liebe und Gewissenhaftigkeit in aufopferndem stillen Heldentum von den vielen Tausenden unserer Verbandsfunktionäre geleistet wird. Ihnen gebührt der Dank der Organisation für ihre Arbeit, die in der Wirtschaftskrise so ungeheuer schwierig ist.

„Die Gewerkschaften sind unser Schicksal!“ schrieb unlängst Herr Rosterg, der Beherrscher des größten deutschen Kalikonzerns (und zugleich ein sehr erfolgreicher Konzernspekulant) in die Welt hinaus. Dabei richtete er die Aufforderung an die im Solde des Großkapitals stehende reaktionäre Harzburger Front und Hitler-Partei zur Zerstörung der Gewerkschaften. Wir haben diesen Ruf gehört, solange die Gewerkschaften bestehen. Der Haß, der den Gewerkschaften von dort aus entgegenschlägt, ist die Anerkennung für ihre Bedeutung und Notwendigkeit. Die Gewerkschaften sind das festeste Bollwerk der Arbeiterklasse. Die schwere Krise, die wir jetzt durchleben, hat dieses feste Bollwerk noch nicht angegriffen. Fahren wir so fort in der Arbeit für den Verband! Treue um Treue in den Zeiten der Not! Sorgen wir auch ferner dafür, daß die Hetze der Gewerkschaftsfeinde von rechts und links an der organisatorischen Festigkeit des Verbandes abprallt. Werben wir für den Verband!

G. R.

## Keynes Zukunftshoffnungen

Der bedeutende englische Nationalökonom John Maynard Keynes sprach kürzlich in Übersee nach Hamburg über die wirtschaftlichen Aussichten der nächsten Zeit. Keynes bezweifelt die Möglichkeit, in kurzer Zeit einen normalen Produktionsstand zu erreichen. Die Bemühungen müßten jetzt darauf gerichtet werden, einen fast vollständigen Zusammenbruch der finanziellen Struktur des Kapitalismus zu verhindern. „Man fängt an, nachdenklich und zweifelhaft zu werden, wenn man sieht, daß wir keine finanziellen Führer mehr haben, und daß an verantwortlichen Stellen ein tiefes Verkennen der Ursachen und Heilmittel besteht.“ Diesem Mangel an finanziellen Führern kommt nach Keynes ein Teil der Schuld an der Weltdepression zu. — Das Versagen der politischen Autoritäten der Welt kommt hinzu. Wenn man das katastrophale Sinken der Preise jeder Art von Werten und den gewaltigen Rückgang der Produktion, des

Handels und Verkehrs betrachtet, dann hat nach Keynes das gegenwärtige Wirtschaftssystem seine Fähigkeit bewiesen, einer fast unbegreiflichen Belastung standzuhalten. Englands Abkehr vom Goldstandard sei ein Segen für die Welt. Diese Maßnahme ist von zahlreichen Staaten nachgeahmt und bedeutet eine beträchtliche Milderung des deflationistischen Druckes. Die Zahl der Länder, die sich vom Goldstandard abgewandt haben, wird immer größer, und es sei notwendig, sie zu einer festen Phalanx zusammen zu schließen. Keynes ist der Meinung, daß auch Länder wie Deutschland und Holland sich dem Vorgehen Englands anschließen müßten. Auf diese Weise sei es möglich, die Weltwirtschaft aus dem Beharrungszustand loszulösen. Voraussetzung für das alles sind aber günstige Vereinbarungen über Kriegsschulden. Keynes hat den Glauben, daß es im Jahre 1932 in der Weltwirtschaft aufwärts gehen müsse.

## Amerika will ankurbeln

In den Vereinigten Staaten will man mit großer Energie zur Ankurbelung der Wirtschaft schreiten. Der Präsident Hoover hat den parlamentarischen Körperschaften eine Gesetzesvorlage zugestellt, die mit größter Eile beraten und verabschiedet werden soll. Es ist beabsichtigt ein Institut zu errichten, welches mit 500 Mill. Dollar Kapital ausgestattet wird und ferner die Ermächtigung erhalten soll, Obligationen in dreifacher Höhe auszugeben. Die Riesensumme von zwei Milliarden Dollar (8,4 Mrd. Mark) soll dazu verwendet werden, die Ausfuhr zu finanzieren, festgefrorene Kredite im Lando aufzutauen, die Eisenbahnen und andere große Unternehmungen zu befähigen, Bestellungen in großem Maße herauszugeben zu lassen usw.

Maßgebende Kreise Amerikas glauben, daß man die sogenannte Initialzündung mit Hilfe dieser Wiederaufbaugesellschaft zu erreichen vermag. Das Preisniveau würde dadurch künstlich gehoben und nicht nur Amerika, sondern auch die ganze Welt dadurch automatisch aus dem Verharrungszustand herausgerissen. Allein die Auflockerung des Geldmarktes dürfte mit großem Nutzen verbunden sein. Jedenfalls kann man den Bestrebungen der Vereinigten Staaten mit großem Interesse und vielleicht auch mit einigem Optimismus entgegensehen. Nur die Vereinigten Staaten sind in der Lage, Summen von derartiger Höhe flüssig zu machen, um eine Ankurbelung der Wirtschaft zu erreichen. Gelingen diese Ziele, dann ist für die Weltwirtschaft schon viel gewonnen.

## Rückgang des Welthandels

Der Welthandel ist in seinem Gesamtumfang weiter rückgängig. Der Außenhandel von 48 Ländern, auf die 7/8 des gesamten Welthandels entfallen, hat gegenüber dem dritten Vierteljahr 1929 einen Wertrückgang von 43 v. H. und einen Mengenrückgang von 21 v. H. erfahren. Ein Rückgang von solchem Ausmaß ist bisher noch nicht in Erscheinung getreten. Bei den europäischen Ländern unterscheidet man zwei Ländergruppen: die erste Gruppe umfaßt die Länder, deren Einfuhr stärker abgenommen hat als die Ausfuhr, wodurch ein Ausfuhrüberschuß erzielt wurde. Die zweite Gruppe bilden die Länder, in denen die Ausfuhr stärker gesunken ist als die Einfuhr und die infolgedessen einen Einfuhrüberschuß aufweisen. Zur ersten Gruppe zählen Deutschland, Finnland, Polen, Ungarn und Italien, zur zweiten Gruppe Frankreich, Großbritannien, Holland, Schweden, Dänemark und die Schweiz. In den überseeischen Ländern ist sowohl die Ausfuhr wie die Einfuhr gleich stark zurückgegangen. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten blieb im 3. Vierteljahr 1931 hinter der des Vorjahres um zwei Fünftel zurück. Damit sind die USA. zum erstenmal auf die zweite Stelle unter den Weltausfuhrländern gerückt. Deutschland nimmt nunmehr die erste Stelle unter den Exportländern ein. Die Aufgabe der Golddecksung des englischen Pfundes hat den Welthandel empfindlich gestört. Zoll erhöhungen, Einfuhrverbote und die staatliche Bewirtschaftung des Zahlungsverkehrs waren die Folge. Die Auswirkung aller dieser Maßnahmen wird erst in späteren Statistiken zum Ausdruck kommen. Die Weltpolitik hat dem Welthandel eine Schlappe zugefügt.

# Soziale Auswirkungen der Rationalisierung

In einem kürzlich erschienenen Werk über die sozialen Gesichtspunkte der Rationalisierung versucht das Internationale Arbeitsamt, auf Grund des ihm zur Verfügung stehenden Materials das Problem der Rationalisierung zu beleuchten und insbesondere die sozialen Seiten dieser Frage herauszuarbeiten. Es behandelt eingehend die Rationalisierung in ihren Beziehungen zur Arbeitsleistung, zur Arbeitszeit, zu den Löhnen und zum Beschäftigungsstand. Ferner befaßt sich die Untersuchung in diesem Zusammenhang mit der Arbeitshygiene, der Unfallverhütung, der Psychotechnik usw.

Die Erscheinung der Rationalisierung an sich ist nichts neues. Sie ist untrennbar mit den Formen der gegenwärtigen Wirtschaft verbunden. Seit die Industriewirtschaft besteht, begründet sie sich auf einer ständig fortschreitenden Rationalisierung. Jedoch sind im Laufe der letzten Jahre eine Anzahl von Faktoren aufgetreten, die zu einer besonders starken Steigerung des Tempos dieser Rationalisierung geführt haben. Unter diesen Faktoren ist insbesondere die Abschaffung vieler nationaler Wirtschaften vom Welthandel während des Krieges zu nennen. In dieser Zeit fehlte es diesen Wirtschaften sowohl an Rohstoffen als an Arbeitskräften, Werkzeugen, Verkehrsmitteln usw. Dies führte zur Ausarbeitung immer neuerer rationalisierter Arbeitsmethoden. Ebenso sei an die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen erinnert, die durch einen starken Druck auf die Gestehungspreise zu umfassenden Rationalisierungsmaßnahmen führten. Eine weitere Ursache dieser Bewegung läßt sich in den monetären Erschütterungen, den Inflations- und Deflationskrisen aufzeigen. Die „Flucht in die Sachwerte“, die in den Zeiten der Inflation einzusetzen pflegt, wirkte sich in den betroffenen Ländern in starken industriellen Investitionen und einer ausgesprochenen Rationalisierungsbewegung aus.

Die oben erwähnte Veröffentlichung des Internationalen Arbeitsamts enthält eine große Anzahl statistischer Angaben über die Auswirkungen der Rationalisierung.

Ohne an dieser Stelle auf die vielfältigen Einzelbeispiele einzugehen, sei hier erwähnt, daß sich auf Grund dieser Ziffern für verschiedene Industrien folgende Erhöhungen des Leistungsgrades ergaben: 10 bis 40 Prozent Leistungssteigerung auf Grund vervollkommener Auswahlmethoden des Personals; 27 bis 200 Prozent Leistungssteigerung auf Grund einer besseren Ausbildung der Arbeiter; 20 bis 700 Prozent Leistungssteigerung auf Grund

von Bewegungstudien; 40 bis 260 Prozent Leistungssteigerung auf Grund der Einführung des laufenden Bandes; 15 bis 300 Prozent Leistungssteigerung auf Grund besser geeigneter und die Leistungssteigerung anreizender Entlohnungsmethoden; 2,8 bis 33 Prozent auf Grund der Einführung geeigneter Arbeitspausen. Infolge besserer Einrichtung der Arbeitspausen konnte man Leistungssteigerungen von bis zu 60 Prozent feststellen; auf Grund einer besseren Anordnung der Arbeitsplätze von 30 bis 44 Prozent, auf Grund einer besseren Werkzeugausrüstung Steigerungen von 36 bis 159 Prozent.

Insgesamt wird z. B. für Deutschland in der Zeit von 1925/28 die Steigerung der Arbeitsleistung je nach Industriezweigen zwischen 16 und 100 Prozent angegeben, für Oesterreich von 1924/27 Leistungssteigerungen von 27 bis 78 Prozent. In den Vereinigten Staaten stieg in der Zeit von 1918 bis 1920 und 1924/26 die Durchschnittsleistung je Arbeiter in der Landwirtschaft, im Bergbau, in Fabriken und bei der Eisenbahn um 27 Prozent. In Großbritannien belief sich die Leistungssteigerung in einer Gruppe von zehn Industrien von 1924 bis 1929/30 bei einer Senkung des Beschäftigungsstandes um 8 Prozent auf 11 Prozent. Besonders im Kohlenbergbau ließen sich in allen Ländern starke Leistungssteigerungen feststellen. Diese betragen unter Tage in Deutschland von 1913/21-24 Prozent, in den Niederlanden von 1925/28 54,5 Prozent, in Belgien von 1918/29 16 Prozent.

Eine wesentliche Beschleunigung auf den Rationalisierungsprozeß hat auch die Einführung des Achtstundentages in den verschiedenen Ländern mit sich gebracht. Feststellungen dieser Art wurden insbesondere in Frankreich nach der Einführung des Achtstundentages gemacht. Auf der anderen Seite hingegen führte die starke Rationalisierung der letzten Zeit zu einer Verkürzung der Arbeitszeit und zu immer stärker werdenden Forderungen der Arbeiterschaft nach der Einführung der 40-Stundenwoche oder der 5-Tagewoche.

Während die wirtschaftlichen Auswirkungen der Rationalisierung eindeutig und klar sind, läßt sich über ihre sozialen Auswirkungen kein endgültiges Urteil fällen. Jedenfalls stehen ihre Vorteile für den Arbeiter bisher in keinem Verhältnis zu den angegebenen Steigerungen des Arbeitsertrags. Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß die Rationalisierung mindestens vorübergehend eine Freisetzung

von Arbeitskräften mit sich bringt. Es kann jedoch angenommen werden, daß diese Vergrößerung des Beschäftigungsgrades im ganzen gesehen keine allzu schwerwiegende Form annimmt. Durch die Senkung der Gestehungskosten infolge der Rationalisierung kann sich eine Belebung der Wirtschaft und eine Neuaufnahme einer Anzahl von Arbeitslosen ergeben. Außerdem hat eine Vervollkommnung des technischen Apparates naturgemäß eine Belebung der Maschinenbauindustrie und ihrer Hilfszweige zur Folge. Auch auf das Lohnniveau blieb die Rationalisierung nicht ohne Auswirkung, obgleich sich aus der oben erwähnten Studie des Internationalen Arbeitsamts klar ergibt, daß z. B. in der Zeit von 1919 bis 1929 die Erhöhung der Löhne im Tempo ganz beträchtlich hinter der Erhöhung der Produktivität zurückblieb. Noch ein anderer Faktor muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden: Die Unfallgefahr. Zwar ist durch die Entfaltung des Maschinenwesens und die gesteigerte Anwendung mechanischer Mittel bei Transporten usw. in gewisser Hinsicht eine größere Sicherheit geschaffen worden. Auf der anderen Seite steht fest, daß in einer Anzahl von Gewerben die fortschreitende Mechanisierung eine wesentliche Steigerung der Unfallgefahren mit sich gebracht hat. So führt z. B. im Bergbau unter Tage die Anwendung bestimmter Maschinen und der daraus entstehende Lärm dazu, daß selbst erfahrene Bergleute nicht mehr in der Lage sind, Einsturz- und sonstige Gefahren rechtzeitig zu bemerken. Ferner scheint es erwiesen, daß bei rationalisierten Arbeitsmethoden, bei denen mit fortschreitender Arbeitsdauer eine wachsende Ermüdung des Arbeiters eintritt, die Unfallgefahr wächst. Auch die Beschleunigung des Arbeitsrhythmus sowie die häufig aus der Monotonie eines durchrationalisierten Arbeitsganges entstehende Unachtsamkeit kann zu Unfällen führen. Immerhin besteht die Möglichkeit, diese gesteigerten Unfallgefahren einerseits durch Anwendung technischer Unfallverhütungsmittel, andererseits durch eine geeignete Auswahl und Schulung der Arbeiter zu verringern.

Aufgabe einer vorausschauenden Sozialpolitik wird es sein, den technischen Fortschritt der Rationalisierung der Gesamtheit dienstbar zu machen und auf diese Weise die Möglichkeiten schwerer wirtschaftlicher Gleichgewichtsstörungen, wie wir sie im Augenblick zu verzeichnen haben, auszuschalten.

# 25 Jahre Angestellter

Am 1. Februar 1932 begeht der Kollege Friedrich Voß, Geschäftsführer der Zahlstelle Hamburg, sein 25jähriges Angestellten-Jubiläum.

Mit 20 Jahren hat unser Jubilar schon erkannt, daß es notwendig ist, sich der Organisation des Fabrikarbeiterverbandes anzuschließen. Das geschah 1891 — also jetzt vor 40 Jahren — in der damals noch selbständigen Zahlstelle Stellingen-Langenfelde.

Im Nebenamt führte er lange die Geschäftsbücherei des Zahlstellenleiters. Das Agitationsgebiet



war außerordentlich schwierig, und dennoch gelang es ihm, eine stattliche Zahl von Kollegen für die Organisation zu gewinnen.

Im November 1906 vereinigte sich die Zahlstelle Stellingen-Langenfelde mit der Zahlstelle Hamburg. Nach dem Abgang des Kollegen Hogemann im Jahre 1919 übernahm Kollege Voß als Geschäftsführer die Leitung der Zahlstelle Hamburg. Seine unermüdete Arbeitskraft hat zur Entwicklung der Zahlstelle viel beigetragen. Bei Lohnbewegungen und Streiks waren seine reichen Erfahrungen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung besonders nutzbringend. Sein Wesen war erfüllt von aufopfernder Tätigkeit für die Organisation. Das Wohl des Verbandes stellte er stets in den Vordergrund.

Aber auch außerhalb Hamburgs ist er im Verbandsleben kein Unbekannter. Es gibt wenige Vorstandstage, an denen er nicht aktiv teilgenommen hat; so ist er als Mitglied der Statutenberatungskommission und im Beirat.

Im besonderen vertrat der Kollege Friedrich Voß die Interessen der in den Wäschereien, Fäbrikerien und Margarine-Industrie beschäftigten Mitglieder, ohne dabei die Interessen der übrigen Mitglieder zurückzustellen.

Kollege Friedrich Voß ist im Nebenamt seit längerem ehrenamtlicher Geschäftsführer des allseitig bekannten Hamburger Gewerkschaftshauses.

Die gesamte Mitgliedschaft der Zahlstelle Hamburg wünscht ihrem Kollegen Friedrich Voß zu seinem Jubiläumstag als Gratulation, daß ihm noch viele Jahre erfolgreicher Tätigkeit in der Zahlstelle und damit zum Wohle des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands beschieden sein möge.

## Rudolf Zieseniß, Jubilar

Am 1. Februar 1932 tritt Rudolf Zieseniß in die Reihe der Kollegen, die auf eine fünf- und zwanzigjährige Tätigkeit als Angestellter unseres Verbandes zurückblicken können. Kollege Zieseniß leitet seit vielen Jahren den



Versand des „Proletariats“ und der anderen vom Hauptvorstande herausgegebenen Druckschriften. Die Leser des „Proletariats“ sind ihm also zu besonders herzlichem Gedenken an seinem Jubiläumstag verpflichtet. Dem Wunsche des Jubilars entsprechend schreiben wir ihm keinen langen Gratulationsartikel. Wir verbinden aber mit dem Dank und der Anerkennung für seine bisherige treue Arbeit die herzlichsten Wünsche für sein ferneres persönliches Wohl und die frohe Hoffnung, daß er dem Verbands noch lange Jahre seine Arbeitskraft und seine Erfahrung widmen möge!

## Der Tarif-Vertrag in Nazi-Betrieben

Der dem nationalsozialistischen Abg. Gottfried Feder gehörende Fränkische Volksverlag stand, wie der „Hessische Volksfreund“ berichtet, vor Gericht, weil er weder Tarifgehalt zahlte, noch die gesetzliche Kündigungspflicht einhielt. Kläger war ein früherer Angestellter des Verlags, der als Leiter der Nürnberger Filiale trotz wiederholter Gehaltsforderungen alles in allem 80 RM erhielt. — Schreiben dieses Angestellten, in denen es hieß:

„Ich fordere von Ihnen als nationalsozialistischem Verlage nur das, für was man dem Arbeiter zu kämpfen verspricht, nämlich für gerechte Entlohnung, ausreichenden sozialen Schutz usw.“ ...

blieben unbeantwortet.

# Stegerwald und die Arbeitszeit

Die Reichsregierung hat sich stets gewehrt, der Forderung der Gewerkschaften auf gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche nachzukommen. In der Notverordnung vom 5. Juni 1931 hat sie dann getan, als wolle sie mindestens in etwas der gewerkschaftlichen Forderung entgegenkommen. Diese Notverordnung gibt der Reichsregierung das Recht — allerdings unter vielen Einschränkungen und Kantelen — für einzelne Berufe die Regelarbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich herabzusetzen. Daß diese Bestimmung den Gewerkschaften bei weitem nicht genügen konnte, haben wir wiederholt dargelegt. Seit dem Erlaß der Notverordnung sind fast acht Monate ins Land gegangen, ohne daß die Reichsregierung den allermindesten Gebrauch von der ihr erteilten Vollmacht gemacht hätte. Zunächst erklärte sie, sie wolle bestrebt sein, für einzelne Berufsgruppen, für die auch sie eine Herabsetzung der Regelarbeitszeit für durchaus diskutabel hielt, eine freiwillige Vereinbarung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern dieser Berufsgruppen herbeizuführen. Was wir vorausgesagt hatten, trat ein: Die Arbeitgeber dachten gar nicht daran, auf freiwillige Vereinbarungen einzugehen, sondern waren höchstens bereit, eine Herabsetzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit im Wege der Verordnung in Kauf zu nehmen. Nach dem Scheitern des Versuchs der freiwilligen Vereinbarungen erklärte der Reichsarbeitsminister wiederholt, daß nunmehr Ernst gemacht werden würde, für einzelne Berufe die gesetzliche Herabsetzung der Arbeitszeit durchzuführen. Für eine Reihe von Berufsgruppen wurden auch Verordnungsentwürfe im Arbeitsministerium ausgearbeitet. Ueber diese Entwürfe ist erneut mit den Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber verhandelt worden. Die Arbeitgeber wandten sich natürlich gegen die Entwürfe. Seitdem blieb alles beim alten.

Ganz unverkennbar hat das Reichsarbeitsministerium nie die ernste Absicht gehabt, im Wege der Verordnung, sei es auch nur für einzelne Berufsgruppen, eine Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Dies zeigt die neuerliche Stellungnahme des Reichsarbeitsministers zu dieser Frage. In einem Schreiben an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände legt Stegerwald dar, daß er vom Gesichtspunkt der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit aus eine Verkürzung der Arbeitszeit „nur vor für dringend erwünscht“ halte, „denn es ist technisch möglich und wirtschaftlich tragbar“ ist. Soweit gut! Er fügt aber merkwürdigerweise hinzu, daß er „im Hinblick auf die arbeitsrechtlichen Vorschriften der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 die Ermittlungen über eine zwangsweise Arbeitszeitverkürzung zunächst zurückstellen“ wolle. „Wenn die Arbeiten für eine behördliche Arbeitszeitverkürzung wieder aufgenommen werden, wird von den Auswirkungen der Notverordnung, insbesondere hinsichtlich der Preisgestaltung, und von der weiteren Gestaltung des Arbeitsmarktes abhängen.“

Also mit klaren Worten: die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit soll zunächst, d. h. auf unabherrschbare Zeit, verschoben werden. In einem Augenblick, wo das Heer der Arbeitslosen die Sechsmillionengrenze überschritten hat, wo Arbeitslose kaum noch

irgendwo eingestellt werden, weil man jede kleine Steigerung des Auftragsbestandes durch Erhöhung der Arbeitsstunden der Belegschaft, die vielfach in Kurzarbeit steht, auffängt, soll immer noch nicht an der durch die Entwicklung überholten Regelarbeitszeit gerüttelt werden. Wir wissen wohl, daß die generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, angesichts der großen Arbeitslosigkeit und der starken Kurzarbeit, nicht mehr die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen haben kann als zu der Zeit, zu der die Gewerkschaften die Forderung nach der Einführung der Vierzigstundenwoche aufstellten. Aber immer noch kann von dieser Maßnahme eine wirkungsvolle Auflockerung des Arbeitslosenheeres ausgehen. Noch immer kann gerade Verkürzung der Arbeitszeit ein Mittel sein, einer großen Zahl von Arbeitslosen wieder Lebensmit zu geben. Es ist unverständlich, daß sich das Arbeitsministerium respektive die Reichsregierung immer noch gegen einen Schritt sträuben, der infolge der strukturellen Wandlungen unseres Arbeitsapparates eine zwingende Voraussetzung für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat daher Verwahrung gegen die Stellungnahme des Reichsarbeitsministeriums eingelegt und folgenden Brief an den Herrn Reichsarbeitsminister gerichtet:

„Mit starkem Bedauern hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Kenntnis genommen von der im Schreiben des Herrn Reichsarbeitsministers an die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ausgesprochenen Absicht, von der der Reichsregierung durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen Vollmacht, die gesetzliche Höchstarbeitszeit für einzelne Berufsgruppen herabzusetzen, zunächst keinen Gebrauch zu machen.“

Wir können die Begründung dieser Stellungnahme nicht anerkennen. Die Gestaltung des Arbeitsmarktes, das immer weitere Steigen der Arbeitslosigkeit und die Gewißheit, daß noch für im Augenblick unabherrschbar lange Zeit mit einer Massenarbeitslosigkeit gerechnet werden muß, macht im Gegenteil die beschleunigte systematische Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit zu einer zwingenden Notwendigkeit.

Die Tatsache, daß neben den starken konjunkturellen Störungen der Wirtschaft die stürmische technische und betriebswirtschaftliche Rationalisierung in allen Berufen eine der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit ist, ist unbestritten. Damit wird die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit immer mehr zu einer der wesentlichen Voraussetzungen einer systematischen Bekämpfung der aus der Verschiebung der strukturellen Grundlagen unserer Wirtschaftsführung sich ergebenden Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert daher, daß die Reichsregierung von der ihr durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 gegebenen und obzwar ungenügend weitgehenden Vollmacht ungesäumt in weitestem Umfang Gebrauch macht und sofort, soweit die Verordnung solche irgendwie zuläßt, die gesetzliche Höchstarbeitszeit auf wöchentlich 40 Stunden herabsetzt.“

## Hermann Kube †

Nach mehrwöchigem Krankenlager verschied am 17. Januar d. J. der langjährige Kassierer des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hermann Kube. Der Tod hat ihn im 67. Lebensjahr, kurz vor seiner Pensionierung, erreicht. Von einem Schlaganfall, den Hermann Kube im November 1931 erlitten, hat er sich niemals richtig erholt. Kube wurde in Torgau geboren und war von Beruf Zimmerer. In seiner Berufsorganisation, der er seit 1889 als Mitglied angehörte, bekleidete er von 1889 bis 1903 das Amt eines besoldeten Kassierers der Zahlstelle Berlin.



Im Jahre 1903 wurde er mit dem Amt des Vorsitzenden des Verbandsausschusses betraut, das höchste Ehrenamt, das eine Berufsorganisation zu vergeben hatte. Im Jahre 1902 wurde er vom Stuttgarter Gewerkschaftskongress in die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gewählt. Seit deren Uebersiedlung nach Berlin im Jahre 1903 versieht er nun das Amt des Bundeskassierers. In der fast 30jährigen Tätigkeit hat er sich zweifellos das Vertrauen der Gewerkschaften erworben. Die Erfolge des ADGB waren nicht möglich gewesen, wenn neben anderen nicht auch die Kasserverhältnisse in bester Ordnung gehalten wurden. Kube war nicht nur Kassierer des Bundesvorstandes, sondern auch Geschäftsführer der Verlagsgesellschaft des ADGB. Er war Mitgründer der Volksfürsorge, deren Aufsichtsrat er angehörte; er war ferner Aufsichtsratsmitglied der Arbeiterbank des Verbandes sozialer Betriebe, der Dewog (Deutsche Wohnungsfürsorge A.-G.) und des Lindcar-Fahrradwerks. Als Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes war Hermann Kube Mitglied des Zentralausschusses der Reichsbank. An diesen Nebenposten ersieht man bereits, daß der Kassierer des Bundesvorstandes eine gewichtige Person im Räte der Großen der Gewerkschaften darstellte. Ueberall erfreute sich Hermann Kube des besten Ansehens. Bis zuletzt hat er seine Pflicht erfüllt. Ein beschaulicher Lebensabend sollte ihm nicht vergönnt sein. Wir werden des alten Freundes noch lange gedenken.



## Entwicklung der Flaschenerzeugung

Die Weinflasche oder das flaschenähnliche Glasgefäß zur Aufbewahrung von Flüssigkeiten aller Art hat bekanntlich eine ziemlich alte Geschichte; ihre maschinelle Herstellung ist aber trotzdem noch sehr jung. Noch vor vierzig Jahren wurden Glasflaschen ausschließlich durch Handarbeit hergestellt, und wenn auch um das Jahr 1890 herum die ersten maschinellen Anlagen zur maschinellen Erzeugung von Flaschen in Tätigkeit traten, so blieb doch die Arbeit des gelehrten Flaschenmachers noch bis in die letzten Vorkriegsjahre vorherrschend. Das war in Deutschland so und auch in anderen Ländern, wo die Flaschenglasindustrie heimisch war.

Es sind zwar um das Jahr 1890 verschiedene Erfindungen von Glasflaschenmaschinen aufgetaucht und in Betrieb gesetzt worden, die jedoch der Handarbeit keine fühlbare Konkurrenz machen konnten. Die technische Konstruktion der ersten sogenannten halbautomatischen Flaschenmaschinen, die nacheinander von den in der Geschichte der Glaserzeugung bekannten Erfindern Severin, Schiller, Wolf und anderen herausgebracht wurden, hatte noch sehr viele Nachteile, so daß sie nicht den Vorteil einer so hervorragenden Leistung boten, um für die Handarbeit eine ernste Gefahr zu

Flaschenmachers, auch den des Fensterglas-erzeugers, bald ganz zum Verschwinden bringen wird. In Deutschland hatte man damals schon die ungeheure Auswirkung dieser Erfindung vorausgesehen, und der Verband deutscher Flaschenfabriken, wie auch der europäische Flaschenverband, haben sich rechtzeitig die Libbey-Owens-Patente gesichert, um sich gegen eine übermächtige Konkurrenz, die eventuell die Vormachtstellung der deutschen und europäischen Flaschenindustrie auf dem Weltmarkt hätte erschüttern können, zu schützen. Und schon in wenigen Jahren zeigte die grandiose Entwicklung dieser Erfindung, daß man in der richtigen Voraussicht gehandelt hatte.

Über den weiteren Verlauf der technischen Umwälzung in der Flaschenerzeugung durch das Libbey-Owens-Verfahren wurde erst kürzlich auf dem internationalen Glasarbeiterkongress in Paris ein interessanter Vortrag gehalten, aus dem wir auch für unsere Betrachtung einige wichtige Tatsachen verwenden können.

Die ersten Owens-Flaschenmaschinen in Europa wurden zuerst (1905) in Deutschland und später dann in anderen Ländern in Betrieb genommen. Die Erzeugung guter Flaschen war für den Anfang noch sehr gering, und es bedurfte sehr vieler und kostspieliger Versuche, bis die vollautomatisch arbeitende Maschine soweit verbessert war, daß sie eine technisch einwandfreie und wirtschaftlich vorteilhafte Leistung garantierte. Von da an ging aber die Entwicklung sehr rasch. Während ein Handarbeiter in den Jahren 1913/14 pro Schicht etwa 250 brauchbare Flaschen herzustellen vermochte, konnten mit Hilfe einer 6armigen Owens-Maschine innerhalb 24 Stunden bereits 18 000 bis 22 000 verwendungsfähige Flaschen erzeugt werden. Das Schicksal des Handarbeiters war somit mit dieser Leistung schon besiegelt. Bei der 6armigen Flaschenmaschine blieb aber die Entwicklung nicht stehen, sondern sehr bald bürgerte sich in größeren Betrieben eine 10armige Owens-Maschine ein, deren Durchschnittsleistung sogar auf 45 000 Flaschen in 24 Stunden anstieg. Hinzu kommt, daß mit jeder neuen Maschine neue Verbesserungen erprobt wurden und sich auch bewährten. Während man z. B. an alten Maschinen nur eine bestimmte Sorte oder Größe von Flaschen herstellen konnte, hat man neuere Maschinen so konstruiert, daß man mit Hilfe auswechselbarer Formen verschiedene Arten von Flaschen anfertigen kann, ohne daß deswegen der Lauf der Maschine unterbrochen werden braucht. Alle diese Fortschritte haben den gelehrten Flaschenmacher immer mehr überflüssig gemacht, und an seine Stelle ist der mechanisch angelegerte Facharbeiter, sehr häufig sogar der jugendliche Hilfsarbeiter, getreten. In den Vereinigten Staaten sollen sogar mit einer 15armigen Owens-Maschine ungefähr 400 000 Flaschen pro Woche hergestellt werden. Es handelt sich hier zwar nicht um eine durch Beweise verbürgte Leistung, denn von Amerika wird uns oft vieles erzählt, was einer Nachprüfung nicht standhält, aber gemessen an der Produktionsleistung unserer sechs- und zehnarmigen Maschinen kann man die angegebene Erzeugung einer 15armigen Maschine als wahrscheinlich gelten lassen. In der europäischen und auch in der deutschen Glasindustrie wird mit 15armigen Owens-Maschinen nicht gearbeitet.

Erst in den letzten Jahren ist in England eine neue 15armige Flaschengangmaschine aufgestellt worden. Es handelt sich um die sogenannte Redfern-Maschine, die mit einfachen und doppelten Formen versehen ist, und die an sich weiter nichts als eine Abart der Owens-Maschine darstellt. Die Erzeugung dieser Maschine wird in dem oben erwähnten Vortrag mit 2800 Groß oder 403 200 Stück Flaschen pro Woche angegeben, wenn sie mit einfachen Formen arbeitet und mit 4000 Groß oder 576 000 Flaschen bei doppelten Formen. Die Umstellung der Redfern-Maschine von einer 15armigen auf eine 10armige soll etwa drei Tage Zeit in Anspruch nehmen.

Neben den erwähnten, nach dem Saugverfahren arbeitenden vollautomatischen Owens- und Redfern-Maschinen gibt es noch verschiedene neuere Systeme, die mit einem sogenannten Feeder arbeiten und die das Glas nicht ansaugen, sondern denen es direkt zuläuft. Bekannte Patente dieser Art sind die O'Neill- und die Lynch-Maschine, ferner auch die Roirant-Maschine, ein französisches Patent. Alle diese Maschinen haben jedoch die Owens-Maschinen, die heute überall das Feld beherrschen, nicht aus ihrer Stellung drängen können, weil teilweise ihre Produktionsleistung geringer ist, und weil auch auf der anderen Seite, wie z. B. bei der Roirant-Maschine, ein zu großer Formenverschleiß und kostspielige Reparaturkosten hervortreten.

Die ungeheuren Fortschritte der mechanischen Flaschenherstellung, wie sie uns der heutige Stand der Entwicklung vor Augen führt, werden uns aber erst klar, wenn wir einige zahlenmäßige Vergleiche mit dem Stande der Flaschenindustrie in den Vorkriegsjahren 1913/14 heranziehen. Damals belief sich die Zahl der Betriebe, in denen gearbeitet wurde, auf 145 und die Zahl der Oefen auf 277. Die Betriebe beschäftigten insgesamt 30 606 Arbeitnehmer und 13 207 Handflaschenmacher. Im selben Monat (Februar) des Jahres 1931 wurden dagegen nur 80 Betriebe, 76 arbeitende Oefen, 14 932 Arbeitnehmer und 2222 beschäftigte Handflaschenmacher gezählt. Die rasche Entwicklung von etwas über 15 Jahren hat also rund 55 v. H., somit die Hälfte der Betriebe zum Verschwinden gebracht und gleichzeitig auch fast die Hälfte der früher beschäftigten Arbeiter. Die katastrophale Auswirkung hat jedoch diese Entwicklung auf die Existenzverhältnisse der gelehrten Flaschenmacher gezeigt, deren Zahl von 13 207 Köpfen auf 2222 Köpfe zurückging. Hier schon wir klar und deutlich, daß es in diesem speziellen Beruf nicht die Weltkrise ist, die Tausende brotlos gemacht hat, sondern daß ausschließlich die Rationalisierung und die technische Entwicklung eines ganzen Berufsgruppen vom Produktionsprozeß ausschaltet, die auch dann, wenn die Krise überwunden ist, selbst bei ansteigender Konjunktur nicht mehr zur Geltung kommen wird. Die Jahresleistung von 645,84 Millionen Flaschen sind das Endresultat einer Entwicklung, die wohl kaum in irgendeinem anderen Industriezweig ein ähnliches Beispiel höchster technischer Vollendung aufzuweisen hat. Karl Dopf, Hamburg.

### Glasindustrieller Zusammenschluß

In Dresden haben die Aufsichtsräte der A.-G. Sächsische Glasfabrik in Radeberg und der August Walther & Söhne A.-G. in Ottendorf-Okrilla eine Fusion ihrer beiden Betriebe beschlossen, über die die Generalversammlungen endgültig beraten sollen. Die Firma der fusionierten Gesellschaften lautet: Sächsische Glasfabrik August Walther & Söhne A.-G.; der Sitz wird Ottendorf-Okrilla sein.

Die Begründung des Zusammenschlusses bezieht sich u. a. auf die unerfüllten Hoffnungen, die man an die Verkaufsvereinigung Mitteldeutscher Glashütten gesetzt hatte und auf die

Verhandlungen wegen der Gründung eines die gesamte deutsche Hohlglasindustrie umfassenden Reichssyndikats, die trotz monatelanger Dauer bisher zu einem greifbaren Resultat nicht geführt haben. Man verspricht sich vom Zusammenschluß sehr erhebliche Ersparnisse. Mit der Fusion wird gleichzeitig eine Bilanzbereinigung durchgeführt und infolgedessen werden den Aktionären, insbesondere der Sächsischen Glasfabrik, erhebliche Opfer zugemutet. Die Walther & Söhne A.-G. deren A.-K. sich zur Zeit auf 1,822 Mill. RM bezieht, soll 16 000 RM Vorzugsaktien im Verhältnis 2:1 zusammenlegen und sie dann in Stammaktien umwandeln. Die im Besitz der Gesellschaft befindlichen Verwertungsaktien von 256 000 RM werden eingezogen und die restlichen Stammaktien von 1,5 Mill. RM im Verhältnis 5:1 zusammengelegt. Damit ermäßigt sich das A.-K. bei Walther & Söhne auf 318 000 RM, und es soll alsdann wieder erhöht werden auf 1,5 Mill. RM. Von den neuen Aktien werden 106 000 RM benötigt zum Umtausch von 1,92 Mill. RM Stammaktien der Sächsischen Glasfabrik (also im Verhältnis 20:1) und von 30 000 RM Vorzugsaktien im Verhältnis 3:1. Die für diesen Umtausch nicht benötigten neuen Aktien übernimmt ein Bankenkonsortium. Der Sanierungsgewinn soll zur Verlustdeckung und zu Sonderabschreibungen und Rückstellungen Verwendung finden. Die Verwaltung und die Produktionsleistung beider Unternehmen werden nach Ottendorf-Okrilla vereinigt, während die Fabrikation von Hohl-, Beleuchtungs- und Bleikristallglas in Radeberg verbleiben soll. Die Beschäftigung ist bei beiden Unternehmungen zur Zeit insbesondere infolge der Exportschwierigkeiten weiter zurückgegangen. Ueber die Zukunft lasse sich natürlich nichts sagen. Schließlich wird noch bekanntgegeben, daß in dem bis jetzt zurückgehaltenen Abschluß der Sächsischen Glasfabrik für 1930 der Verlust von 282 000 RM auf 923 000 RM angewachsen ist. Damit erklärt sich auch die notwendig geworden scharfe Zusammenlegung der Aktien.

Ueber die Glasfabrik Brokwitz und die Hoffmann A.-G., die bekanntlich als Fusionspartner auch in Betracht kommen, wird zunächst nichts mitgeteilt.

### Glasindustrie-Uebereinkommen

Die internationale Konferenz der Glasindustrie, an der diesmal die französischen, österreichischen, belgischen, tschechischen und deutschen Industrievertreter teilgenommen haben, hat am 18. Januar programmäßig begonnen. Es wurde eine prinzipielle Einigung über die Möglichkeit einer Kontingentierung des Imports nach Frankreich erzielt, die alle Glasartikel, ausgenommen Fensterglas, Flaschen und optische Gläser, umfaßt. Am 19. Januar wurden von einer Unterkommission noch die letzten Modalitäten vorgenommen. Die Inkraftsetzung hängt wie beim Porzellanabkommen von der Zustimmung der einzelnen Regierungen ab. Eine Einigung über Flaschen wird von den Beteiligten noch erstrebt.

### Nationalsozialist beschimpft Arbeitslose

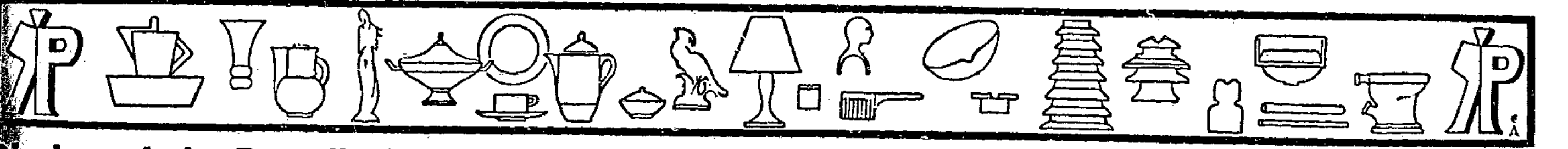
Wie die „Münchener Post“, Nr. 7, vom 11. Januar berichtet, hat der Nationalsozialist Sturm in einer Versammlung in München die Arbeitsdienstpflicht mit folgenden Argumenten verteidigt:

„Die Arbeitslosenunterstützung von 12 bis 15 Mark, die heute von den Arbeitslosen bezogen werde, sei ein Unding; die Arbeitslosen würden feist, faul und feig!“

### Der Einträger

Am Ofen drückende Glut,  
„Spring, Bursch,  
laß' zu,  
verlier nicht den Mut.“  
Am Ofen fließige Hand,  
„Trag' fort,  
sei geschwind,  
bald hat die Arbeit ein End.“  
Am Ofen Ventilatorgebrumm.  
„Sei fest,  
mach's gut,  
Bursch, fall' mir nicht um.“  
Am Ofen die Arbeit ruht.  
„Geh heim!  
Gute Nacht,  
Bursch, machst deine Arbeit gut.“  
Burggraf.

bilden. Noch zum Anfange unseres Jahrhunderts, im Jahre 1902, war die Anzahl der halbautomatischen Maschinen, System Severin, in der deutschen Flaschenindustrie noch sehr gering, und auch in anderen Ländern standen nur wenige dieser Maschinen in Verwendung. Die große technische Umwälzung auf dem Gebiete der maschinellen Flaschenerzeugung brachte erst im Jahre 1905 das bekannte Libbey-Owens-Verfahren, das im allgemeinen, nicht allein auf die Flaschenerzeugung, sondern auf alle Zweige der Glasindustrie ungeheuer revolutionierend wirkte. Obwohl auch die Libbey-Owens-Maschinen später noch zahlreiche Verbesserungen erfuhren, so war doch bereits ihre erste technische Konstruktion so vollkommen, daß sie die uralte Tradition der Handarbeit, die Jahrtausende in der Glaserzeugung dieselbe geblieben war, mit einem Schlage wandelte, und zwar so gründlich veränderte, daß im Verlaufe von wenigen Jahrzehnten die höchsten Möglichkeiten für eine derartige Entwicklung erreicht werden konnten. Man kann sagen, daß es kaum ein Gebiet der industriellen Entwicklung gibt, das so auf eine derartige technische Vollendung gebracht hat, wie die Glasindustrie durch die Erfindung des Libbey-Owens-Verfahrens, dessen Anwendung den Beruf des gelehrten



## Die bayerische Porzellanindustrie und ihre Arbeiterschaft

Unter dem Thema „Die bayerische Porzellanindustrie“ sandte am 3. November der Bayerische Rundfunk in München einen vom Kollegen Edwin Nenninger, Charlottenburg, ausgearbeiteten Vortrag, den wir in Fortsetzungen zum Abdruck bringen. Der Vortrag wurde von einem Sprecher des Rundfunks etwas verkürzt wiedergegeben.

Die Tasse, aus der Sie trinken, der Teller, aus dem Sie Ihre Suppe essen, sind aus Porzellan, desgleichen die Isolierkörper Ihrer elektrischen Licht- und Kraftstromleitungen, der eine Vitrine in der Wohnung hat, beherbergt darin sicher auch Zier- und Kunstgegenstände von Porzellan auf. Porzellan ist also ein Werkstoff mit vielfachen Verwendungsmöglichkeiten, und all die schönen, prachtvollen Porzellanachen, die so verlockend aussehen, die man so gern kaufen möchte, wenn man das Geld dazu hätte, werden meist in Bayern fabriziert.

Das bayerische Porzellanindustriegebiet ist gegenwärtig das bedeutendste und das bekannteste der Welt. Von den 90 bayerischen Porzellanfabriken stehen 87 in den Kreisen Oberfranken und Oberpfalz, und ihre Konzentration im Nordosten des Landes ist hauptsächlich begründet in der günstigen Frachtlage zu den Rohstoffen — zum Kaolin in der Gegend von Kulmbach, Tieschenreuth und

Hirschau, zum Ton bei Schwandorf, zur Kapselfeuer bei Wiesau, zum Pegmatit bei Weiden — und zur billigen böhmischen Braunkohle. Das Vorhandensein von tüchtigen Facharbeitern und Facharbeiterinnen im bayerischen Porzellanindustriegebiet ist, wie im Vorjahre im Enquête-Ausschuß festgestellt wurde, auch noch von großer Bedeutung. Es sind also drei Faktoren für das Ansiedeln und für die aufstrebende Entwicklung der bayerischen Porzellanindustrie im genannten Bezirk bestimmend gewesen, und sie ermöglichen es, daß in Bayern hauptsächlich Qualitätsgerätschaften fürs Haus, für Hotel- und Gastwirtschaften einfacherer und bester Art, außerdem andere erforderliche Gebrauchsartikel, hochwertigen Zier- und Kunstgegenstände sowie Isolatoren für Hoch- und Niederspannung und chemisch-technische Laboratoriumsgeräte erzeugt werden.

Während in den letzten zwei Jahrzehnten das einst vorherrschende thüringische Porzellanindustriegebiet an Bedeutung verlor, entwickelte sich die bayerische Porzellanindustrie günstig. Im Jahre 1907 stand Bayern zu Thüringen wie 14:21, im letzten Vorkriegsjahr wie 16:19, und 1928 waren 30 100 Beschäftigte, darunter etwa 3000 Grenzläufer aus der nahen Tschechoslowakei, in der bayerischen und nur 22 700 in der thüringischen Porzellanindustrie tätig. In der bayerischen Porzellanindustrie geht es mit der Entwicklung aufwärts, in der thüringischen abwärts.

44,8 Prozent aller deutschen Porzellanarbeiter waren 1928 in Bayern beschäftigt. Gegenwärtig sind infolge der Krise nur noch etwas über 20 000 Personen nach den Arbeitsamtsberichten in der bayerischen Porzellanindustrie tätig.

Eine auffällige Zunahme weist die Frauenarbeit in der deutschen wie auch in der bayerischen Porzellanindustrie auf. Seit 1907 stieg die Zahl der in der Porzellanindustrie beschäftigten Frauen um 60 Proz. In Herbst 1928 waren 12 074 Frauen und 13 400 Männer in der bayerischen Porzellanindustrie tätig; inzwischen trugen Krise und der mit ihr verbundene Lohndruck zu einer noch umfangreicheren Beschäftigung der Frauen bei. Der Anteil der Frauen an der Beschäftigtenzahl ist bereits auf 53 Proz. gestiegen und der der Männer auf 47 Proz. gesunken. Die Zunahme der Frauenarbeit in den Porzellanfabriken ist keineswegs dem Volkswohl zuträglich; denn die Ermittlung der Todesursachen in Selb ergab, daß bei den Lungentuberkulosesterbefällen das männliche Geschlecht mit 36 Proz. und das weibliche mit 61 Proz. beteiligt war; außerdem ist zu bemerken, daß die Frauen zu immer schwereren Arbeiten verwendet werden, was auch zur Vermehrung von Gesundheitsschäden führt.

Die ältesten bayerischen Porzellanfabriken stehen im nordwestlichen Oberfranken, in Selb, Tettau, Hausen und Schauberg, und sind thüringische Gründungen; von den ge-

nannten ist gegenwärtig nur Tettau und Schauberg noch im Betrieb. Auch die erste Porzellanfabrikgründung im jetzigen Hauptporzellanindustriegebiet in Ost-Oberfranken erfolgte im Jahre 1814 von dem thüringischen Händler Carolus Magnus Hutschenreuther in Hohenberg a. d. Eger, im Anschluß an Kaolinfunde und an die Holzvorräte des Fichtelgebirges, in dem sich auch Porzellan sand und Quarzvorkommen fanden. Die erste Porzellanfabrik in der Stadt des Porzellans, in Selb, wurde 1856 vom Sohn des genannten Carolus Magnus Hutschenreuther, von Lorenz Hutschenreuther, gegründet.

Diesen Gründungen reihten sich im Laufe der Jahrzehnte andere an. Die bestimmenden Faktoren dazu wurden bereits erwähnt, und in dem Zusammenschluß der Fabriken zu einflussreichen Konzernen schied sich ein weiterer günstiger Umstand für die aufwärtsweisende Entwicklung der bayerischen Porzellanindustrie. Der überwiegende Teil der bayerischen Werke gehört bereits zu Konzernen und Familiengruppen, und die persönlichen Eigenbetriebe werden immer seltener. Der Philipp-Rosenthal-Konzern ist der Arbeiterzahl nach — 3885 Personen arbeiteten 1930 in seinen bayerischen Fabriken — der größte Konzern mit Personencharakter, der Lorenz-Hutschenreuther-Konzern aber dem Kapital nach. Beim Lorenz-Hutschenreuther-Konzern finden 3290 Arbeiter und Arbeiterinnen Beschäftigung. Die Stärke dieses Konzerns liegt in seiner eigenen Rohstoffbasis. Er besitzt eigene Kaolin-Vorkommen bei Karlsbad und bei Tieschenreuth, das Feld-

spatwerk Hagendorf und die Pegmatit-Vorkommen in Schmollitz und Ruppertsreuth. Der Rosenthal-Konzern hat die einzigste Abteilung für chemisch-technische Laboratoriumsgeräte in Bayern. Vom größten deutschen Porzellankonzern, vom Kahle-Konzern, befinden sich auch einige Betriebe mit 1710 beschäftigten Personen in Bayern. Die zwei bayerischen Porzellanfabriken des C. M. Huttschouthe-Konzern haben 658 Arbeiter. (Fortsetzung folgt.)

### Die Porzellanverträge

Die deutschen, französischen und tschechoslowakischen Porzellanfabrikanten schlossen einen Vertrag für den Absatz in Frankreich, der auch von den Regierungen der genannten Länder gebilligt wurde. Was der Vertrag bedeutet und was er enthält, geht aus den uns erfreulicherweise von besonderer Seite zur Verfügung gestellten Zeilen hervor:

Durch den Abschluß des am 10. Januar 1932 in Kraft getretenen deutsch-tschechoslowakisch-französischen Porzellanabkommens ist die deutsche Porzellanindustrie vor einer erheblichen Einfuhrbeschränkung in Frankreich bewahrt geblieben; denn wenn eine Verständigung zwischen den Industrien dieser drei Staaten nicht erfolgt wäre, hätte die französische Porzellanindustrie bei ihrer Regierung durchgesetzt, daß — ebenso wie in vielen anderen Zweigen — eine scharfe Kontingenterung in Verbindung mit einem Einfuhrverbot für Porzellangeschirr in Frankreich erlassen worden wäre.

Nur von dieser Voraussetzung ausgehend, kann man daher den Wert dieses Abkommens, das fraglos eine gewisse Verminderung der Ausfuhr nach Frankreich — zum mindesten in Stapelporzellan — nach sich ziehen wird, für die deutsche Porzellangeschirrinindustrie beurteilen.

Das bemerkenswerteste ist, daß abweichend von den bisher gepflogenen internationalen Konventionen vollkommen neue Wege gegangen werden. So gelten die Preisbindungen für Geschirrporzellan — und zwar handelt es sich hierbei um Tee-, Kaffeegeschirre, Tafelservice, Küchen- und Tonnensätze u. a. m. — nur für die deutsche und tschechoslowakische Porzellanindustrie bei der Einfuhr nach Frankreich, während die französische Porzellanindustrie selbst hiervon nicht erfaßt wird.

Als Entschädigung für diese Preisbeschränkung — die Mindestpreise sind verhältnismäßig hoch angesetzt — räumt Frankreich der deutschen und tschechoslowakischen Porzellan-

industrie Zollvergünstigungen ein, die allerdings nur ein Festhalten an den bisherigen Zollsätzen bedeuten, d. h. also der Zollsatz von 100 Frs. für Weißporzellan, 300 Frs. für verziertes Porzellan und 250 Frs. für vorverziertes Porzellan von verstärkter Dicke bleibt bestehen, während für alle die oben bezeichneten Geschirrporzellanartikel, die zu niedrigeren Preisen, als sie im Abkommen festgelegt sind, in Frankreich eingeführt werden, neue prohibitiv wirkende Minimalzollsätze zur Anwendung kommen.

Auf diese Weise ist der französische Markt vor Preiserschütterungen, insbesondere durch die japanische Porzellanindustrie, geschützt; denn in Zukunft wird die japanische Porzellanindustrie entweder nur unter Beibehaltung des Abkommens ihre Erzeugnisse zu den gleichen Preisen in Frankreich einführen können wie die deutsche und tschechoslowakische Porzellanindustrie, oder die Belastung des neuen prohibitiven Zollsatzes in Kauf nehmen müssen.

Da allerdings die französische Porzellanindustrie in der Preisbindung völlig frei ist — eine Unterwerfung unter gebundene Preise verbietet die französische Gesetzgebung für inländische Fabriken — wird diese sich in Zukunft den Marktverhältnissen leichter anpassen können, als die an starre Mindestpreise gebundene deutsche und tschechoslowakische Konkurrenz, also aus dem Abkommen wesentliche Vorteile hinsichtlich des Absatzes ziehen. Beschränkt ist auch die Einfuhr von Feilporzellan insoweit, als nach Frankreich und dem Saargebiet derartige Waren überhaupt nicht mehr geliefert werden dürfen, nach den französischen Kolonien — ausgenommen Algerien und Tunis — nur in Höhe von 10 Proz. der Gesamteinfuhr. Hierbei sind ebenfalls die vorgesehenen Mindestpreise mit einem Abschlag von 25 Proz. einzuhalten.

Die Durchführung und Ueberwachung des Abkommens liegt jeweils in den Händen der Nationalen Kommission, die sich aus einem Regierungsvertreter und zwei Vertretern nebst Stellvertretern der Porzellanindustrie bzw. Verbände zusammensetzt. Jede Sendung bedarf einer von der Nationalen Kommission visierten eidesstattlichen Versicherung, daß sie gemäß den Vorschriften des deutsch-tschechoslowakisch-französischen Porzellanabkommens abgefertigt ist.

Um im übrigen den französischen Zollstellen die Kontrolle zu erleichtern, sind nur noch bestimmte Zollstationen für die Verzollung zugelassen, und zwar für Frankreich und das Saargebiet Paris, Jeumont, Straß-

burg, Lyon, Marseille und Saarbrücken, für Nordafrika die Häfen von Oran, Algier und Tunis. Wird ein Verstoß gegen das Abkommen seitens eines Lieferanten festgestellt, so kann die in Frage kommende Nationale Kommission dem Lieferanten das für jede Sendung notwendige Visum für 3 bis 12 Monate entziehen. Stellt die Nationale Kommission des Lieferlandes einen Verstoß im Gegensatz zu der beschwerdeführenden französischen Nationalen Kommission nicht fest, kann der Streitfall vor die Internationale Handelskammer in Paris getragen werden, die dann ihrerseits eine endgültige Entscheidung zu treffen hat.

Eine weitere Aufgabe der Nationalen Kommission ist die eventuelle Neuaufstellung von Mindestpreisen sowie eine Revision einzelner Bestimmungen, die sich als nicht zweckmäßig erwiesen haben. Hierbei ist aber immer von den französischen Produktions- und Einfuhrziffern der Jahre 1929 und 1930 auszugehen. Kann eine Einigung zwischen den Kommissionen nicht erzielt werden, so kann ein Schiedsgericht mit bindender Entscheidung konstituiert werden. Eine Kündigung des Abkommens durch den Schiedsrichter ist aber nicht zulässig, vielmehr läuft das Industrieabkommen während der Dauer des deutsch-französischen bzw. tschechoslowakisch-französischen Handelsvertrages. Eine vorzeitige Aufhebung ist nur dann möglich, wenn das dem Abkommen beigegebene Regierungsabkommen, in dem die bereits erwähnten Zollfragen geregelt sind, gekündigt wird. Eine Kündigung des Regierungsabkommens darf jedoch erst dann erfolgen, wenn alle Einigungsmöglichkeiten, die das Industrieabkommen vorsieht (Nationale Kommission, Schiedsgericht), erschöpft sind.

Ist das Regierungsabkommen mit der vorgesehenen dreimonatigen Frist gekündigt, so treten nach Ablauf der Kündigung nicht automatisch die neuen prohibitiven Minimalzölle in Kraft, vielmehr hat die deutsche bzw. tschechoslowakische Porzellanindustrie das Recht, im Rahmen bestimmter Kontingente — deren Höhe sich nach dem Durchschnitt der in den beiden letzten Jahren vor dem Jahre der Kündigung eingeführten Mengen von Porzellan richtet — ihre Waren zu den bisherigen Zollsätzen nach Frankreich zu liefern. Da die Ueberwachung der Kontingente in Deutschland in den Händen der Deutschen Regierung liegt, handelt es sich hierbei um eine Selbstkontingenterung, wodurch Differenzen von vornherein so gut wie ausgeschlossen bleiben dürften.

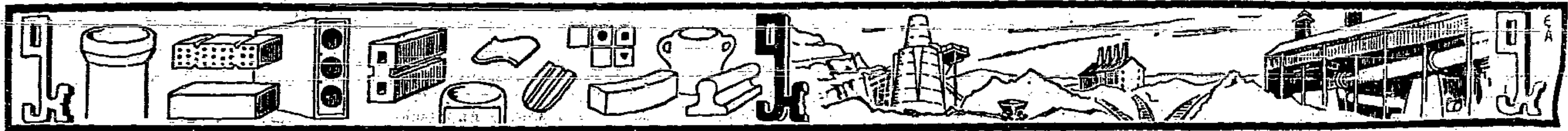
Wenn also, wie eingangs bemerkt, das Abkommen nicht gerade eine Förderung des Ex-

ports nach Frankreich nach sich ziehen wird — immerhin aber eine erhebliche Schädigung der deutschen Porzellaninteressen in Frankreich verhindert hat — so wird doch ein unbestreitbarer Vorteil für die deutsche Porzellanindustrie darin zu erblicken sein, daß gleichzeitig mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens die Frankreich vor einigen Jahren eingeräumten Vertragszollsätze für Porzellan in Deutschland zur Aufhebung gelangen, so daß die autonomen Porzellanzollsätze in Deutschland wieder in Kraft treten.

### Waldenburg

Die Verwaltungen der Porzellanfabrik C. M. Huttschouthe AG. und der Porzellanfabrik C. Tielsch & Co. AG. sind in Verhandlungen eingetreten, die letzten Endes die fusionsweise Uebernahme letzterer Gesellschaft durch die CMH-AG. bezwecken. Um das vereinigte Unternehmen von vornherein auf eine gesunde finanzielle Basis zu stellen, soll das Stammkapital von CMH im Verhältnis 2:1 auf 1.600.000 RM durch Verminderung der Zahl der Stammaktien herabgesetzt werden; den Aktionären wird jedoch freigestellt, durch Zahlung von 25 Prozent des Nennwertes die Zusammenlegung der Stammaktien zu vermeiden und sie zugleich in achtprozentige Vorzugsaktien gleichen Nennbetrages umwandeln zu lassen. Außerdem soll das Aktienkapital um nom. 400.000 RM durch Ausgabe gleicher achtprozentiger Vorzugsaktien erhöht werden, die von einem Bankenkonsortium zu pari übernommen werden. Die Fusion soll im übrigen so durchgeführt werden, daß den Aktionären der C. Tielsch-AG., deren Grundkapital von 2.000.000 RM sich bereits im Besitz der CMH-AG. befindet, auf je 10 Tielsch-Aktien zu je 100 RM eine CMH-Stammaktie zu 100 RM des bereits ermäßigten Grundkapitals ausgehändigt wird. Andererseits läßt es sich nicht umgehen, daß, ebenso wie die Stammaktionäre der CMH, auch die nicht bevorrechtigten und ungeschützten Gläubiger der C. Tielsch-AG. den Verhältnissen Rechnung tragen. Es wird als Voraussetzung für das Zustandekommen der Fusion bezeichnet, daß mit diesen Gläubigern eine Verständigung erzielt wird, wobei diese für einen Teil ihrer Forderungen Stammaktien der CMH-AG. erhalten sollen. Diese Aktien stellt die CMH-AG. aus ihren Vorratsaktien zur Verfügung. Die Generalversammlungen beider Gesellschaften sollen binnen kurzer Zeit stattfinden.

Damit dürfte den zahlreichen Gläubigern, die über die Firma Tielsch im Umlauf sind, ein Ende bereitet sein.



## Lohn- und Tarifbewegungen 1931

(Fortsetzung.)

### Die Feuerfeste- und Chamotte-Industrie

War auch im Jahre 1931 nicht einheitlich beschäftigt. Einige Werke waren infolge von Auslandsaufträgen zu Zeiten verhältnismäßig gut beschäftigt, während andere wieder fast gar keine Aufträge hatten. Die allgemeine Wirtschaftskrise beeinflusste aber auch in dieser Industrie die Lohn- und Tarifbewegungen in äußerst ungünstiger Weise. Auch hier waren die Unternehmer infolge der äußerst unsicheren Wirtschaftslage nicht geneigt, Tarifabschlüsse auf längere Zeit zu tätigen. In einer Reihe von Bezirken erfolgten die Tarifabschlüsse nur für kurze Zeit, so daß verschiedentlich mehrmals Lohn- und Tarifbewegungen geführt werden mußten. Die größte Anzahl der abgeschlossenen Lohn- und Tarifverträge, auch dort, wo mehrere Bewegungen beendet waren, liefen nur bis Ende des Jahres, einige bis Ende Januar oder Februar 1932. Auch da hatten die Unternehmer zum Jahresende bzw. zum nächst zulässigen Termin die Lohn- und Tarifverträge gekündigt. Von langwierigen Verhandlungen sind die Unternehmer nunmehr durch die Vierte Notverordnung entbunden, die ihren Wünschen in bezug auf Lohnabbau ja in weitgehendster Weise Rechnung getragen hat.

Wohl infolge der Tatsache, daß in der Feuerfesten-Industrie noch verschiedene Werke einigermaßen beschäftigt waren, hält sich der Lohnabbau im Jahre 1931 noch etwas unter dem zweigen erfolgten. Durchschnitt des in den übrigen Industriezweigen erfolgten.

### Mosaik- und Wandplatten-Industrie

bestehen, mit Ausnahme des Gebietes Bremen-Grohn-Vegesack-Farge nur Werke bzw. Firmantarife.

Die Wirtschaftskrise hat auch hier eine Reihe Werke zum Stilliegen gebracht. Andere haben nur mit der Hälfte, ja zu einem Teil nur mit einem Drittel ihrer Belegschaft in normalen Zeiten gearbeitet. Zum Beispiel das Bremer Gebiet, das noch 1929 etwa 1860 Beschäftigte aufzuweisen hat, beschaffte im Herbst 1931 nur noch 800. Villeroy & Boch in Deutsch-Lissa bei Breslau 1929 noch 420 Beschäftigte, 1931 nur noch 150. Firma Kaufmann, Niedersiedlitz, 1929 noch 491, im Jahre 1931 nur noch 132 Beschäftigte. Die Liste könnte noch beliebig verlängert werden. Dabei haben die Werke mit der verringerten Beschäftigungszahl nicht etwa voll gearbeitet, sondern meist monatlang kurz gearbeitet, ja zum Teil dazwischen noch wochenlang stillgelegt.

Im allgemeinen konnte aber auch in der Mosaik- und Wandplatten-Industrie der Lohnabbau trotz der ganz außerordentlich schlechten Geschäftslage noch in einigermaßen erträglichen Grenzen zurückgedrängt werden. Nur bei ein-

gen Werken, bei denen schlechte Geschäftslage, schlechte Organisationsverhältnisse zusammentrafen, mußte ein größerer Lohnabbau in Kauf genommen werden.

Auch in der Mosaik- und Wandplatten-Industrie waren die Abbauwünsche der Unternehmer sehr hoch gespannt, konnten aber Dank der Arbeit unserer Unterhändler und dem Rückhalt unserer Organisation weitgehendst zurückgedämmt werden.

### In der Kachelofen-Industrie

die mit der Mosaik- und Wandplatten-Industrie verwandt ist und zum Teil, wie in Meißen, auch Wandplatten herstellt, sind nur in den Gebieten Meißen und Veltin mehrere Firmen unter einem Tarifvertrag erfaßt.

Im übrigen sind in diesem Industriezweig, außer obigen Gebieten und der Ofen-Porzellan- und Tonwarenfabrik GmbH, Mügeln, Bez. Leipzig, die in normalen Zeiten über 500 Beschäftigte aufzuweisen hatte, nur noch einige Mittel- und Kleinbetriebe von unserer Organisation tariflich erfaßt. Die Mehrzahl der kleineren Ofenkachelbetriebe wurden bisher vom Bau-gewerksbund betreut, dürften wohl aber in größerer Anzahl fast restlos stillliegen.

Im Meißener Gebiet erfolgt durch die Vierte Notverordnung schon der vierte Lohnabbau. Hier standen die Spitzenlöhne für den ungelerneten Hilfsarbeiter 1929 auf 85 Pf. Durch die Notverordnung sind sie auf 66 Pf. herabgedrückt worden. Allerdings waren sie hier durch die mehrmaligen Lohnabbau auf 70 Pf. gesunken. Die Beschäftigungszahl war aber seit 1929 von 243 auf etwa 1000 gesunken.

Im ... war der Abzug nicht so hoch. In diesem ... hatten die Hilfsarbeiter vom 22. Oktober 1930 bis zum 30. Januar 1931 ... Abwehr von Lohnabbau. Der Kampf ... nach 15wöchentlicher Dauer abgebrochen werden, weil inzwischen die Topfer einen ... mit 9 Prozent Abzug ... hatten, der in der Nachverhandlung auf 7,5 Prozent abgemildert wurde. Auch der Streik der Hilfsarbeiter wurde durch ... Der Lohnabbau betrug 6 Pf. in der Spitze beim ungelerneten Hilfsarbeiter. Der daraufhin abgeschlossene Lohn- und Tarifvertrag wurde von den Arbeitgebern bereits wieder zum 30. Juni 1931 gekündigt. In einem Schlichtungsverfahren wurde am 14. August 1931 ein Schiedsspruch gefällt, der einen weiteren Lohnabbau von 5 Pf. brachte, den die Arbeitnehmer ablehnten. Die Arbeitgeber brachten ihn dann laut Anschlag in den Betrieben zur Ausführung.

Da keine Möglichkeit bestand, durch andere Maßnahmen den Lohnabbau zu inhibieren, hat die Arbeiterschaft den Schiedsspruch tarifiert. Aber auch dieser Tarifvertrag war bereits schon wieder von den Arbeitgebern zum 30. No-

vember 1931 gekündigt. Die Vierte Notverordnung ist auch hier den Arbeitgebern in ihren weiteren Abbauwünschen entgegengekommen.

### Die Blumen- und Tonwaren-Industrie

lag fast ganz still. Nur in zwei Werken wurden die Tarifverträge erneuert. Für ein kleineres Werk wurde ein Tarifvertrag neu abgeschlossen.

Ein etwas größeren Industriegebiet ist nur noch die

### Kaolin- und Tongraben-Industrie

sowie die Sand- und Kies-Industrie zu nennen.

Aber auch in diesen Industriezweigen herrschte außerordentlich schlechter Geschäftsgang. Auch hier wurde nur noch ein Bruchteil derjenigen Arbeiterschaft beschäftigt, die in normalen Zeiten vorhanden war, was sich natürlich auch in bezug auf Lohn- und Tarifgestaltung ungünstig auswirkte.

Das gleiche trifft für die übrigen kleineren Industriezweige innerhalb der Industrie der Steine und Erden zu.

Die Unternehmer haben die Wirtschaftslage in bezug auf Lohn- und Tarifgestaltung weidlich anzunutzen versucht. Die Arbeiterschaft hat große Opfer bringen müssen. Trotzdem ist es den Unternehmern, deren Wünsche sehr weitgehend waren, nicht gelungen, ihre Forderungen voll zur Durchführung zu bringen. Das ist dem Rückhalt, den die Arbeiterschaft an ihrer gewerkschaftlichen Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abteilung Keramischer Bund, hatte, zu danken. Hätten aber nicht so viele von der Arbeiterschaft die Flinte nutzlos ins Korn geworfen, würden die Erfolge der Unternehmer noch viel geringer sein.

Wenn man nun betrachtet, was die Unternehmer in ihren Scharfmacherblättern orakelt haben, so muß man konstatieren, daß trotz dem Lohnraub, den die Unternehmer vielfach mit Hilfe der Schlichtungsinstanzen durchgeführt haben, das Wirtschaftsleben weiter den Krebsgang gegangen ist. Die Theorie der Unternehmer, daß die Wirtschaft nur bei niedrigen Löhnen wieder hochkommen könnte, hat arg Schiffbruch erlitten. Die Löhne sind im Jahre 1931 auf ein kaum noch zu ertragendes Maß herabgedrückt. Besserung der Wirtschaftslage ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, die Krise hat sich außerordentlich verschärft. Fast 6 Millionen Arbeitslose sind am Schluß des Jahres 1931 zu verzeichnen. Die Vierte Notverordnung, die den Wünschen der Arbeitgeber in ganz außerordentlichem Maße entgegengekommen ist, wird eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise herbeiführen.

Nun noch einige Worte zur Arbeitszeitfrage. Die Reichsregierung hatte durch die Juni-Notverordnung die Ermächtigung erhalten, die

Arbeitszeit in den ihr geeignet erscheinenden Industriezweigen bis auf 40 Stunden herabzusetzen, um so durch die Verkürzung der Arbeitszeit eine größere Anzahl Arbeitsloser wieder in den Produktionsprozeß einzureihen.

Von dieser Ermächtigung machte zunächst die Reichsregierung keinen Gebrauch, sondern setzte Verhandlungen an, zu der die maßgebenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen eingeladen wurden, um vielleicht eine Einigung zwischen diesen herbeizuführen. Die Arbeitgeber haben von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß zentrale Verhandlungen nicht geführt werden könnten. Am liebsten wollten sie die ganze Frage der Entscheidung den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den einzelnen Betrieben überlassen. Auf den Widerspruch der Arbeitnehmer waren sie schließlich mit bezirklichen Verhandlungen einverstanden. Die Verhandlungen, die darauf mit den einzelnen Bezirksarbeitgeberverbänden der Unternehmer geführt wurden, zeigten fast durchweg ein negatives Ergebnis.

Die Unternehmer, die anlässlich der Verhandlungen die Wichtigkeit der Frage in mehr oder minder schönen Worten zugeben, hatten auch bei den Verhandlungen in den Bezirken, wenn es hoch kam, nur schöne Worte. Verschiedentlich erklärten sie aber, frank und frei heraus, daß sie an der 48-Stunden-Woche und an der Forderung, Überstunden leisten zu lassen, festhalten müßten. Ja, einige Sindiis erklärten rund und nett, daß kein Mann weiter einrücken würde, auch wenn die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt würde. Wo die Unternehmer sich schließlich herbeiließen, ernsthaft über die überaus wichtige Frage zu verhandeln, stellten sie letzten Endes solche Bedingungen, die den Wert einer Verkürzung der Arbeitszeit wieder illusorisch gemacht hatten. So war eine Aktion, die mit einer großen Geste eingeleitet war, ohne praktisches Ergebnis ausgegangen. Die dann noch einmal stattgefundenen Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Verbänden unter Leitung des Reichsarbeitsministeriums haben schließlich auch gezeigt, daß letzteres nicht geneigt war, einen ernsthaften Schritt zur Beseitigung der Arbeitszeit, die zweifellos zur Erleichterung unserer Wirtschaftslage beitragen und wenigstens einen Teil Arbeitslose wieder in den Produktionsprozeß eingereicht hätte, zu unternehmen. Von höher behördlicher Stelle wurde erklärt, daß man die Ziegelindustrie deshalb aus der Verordnung habe heraus lassen wollen, weil der jetzige Lohnstand eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen der dadurch eintretenden Lohnminderung nicht mehr zulasse. Das ist vom Syndikus des Märkischen Ziegelerbeiterverbandes noch unterstrichen worden, indem er erklärte: „Auch für sie sei der Lohnstand mit ein Grund gewesen, für die Ziegelerindustrie die 40-Stunden-Woche nicht einzuführen und dafür einzutreten, sie aus der Verordnung über die 40-Stunden-Woche auszulassen.“

(Fortsetzung folgt.)

### Verwaltungskosten der Gewerkschaften

Je mehr sich das Elend ausbreitet, je eher finden Legenden den geeigneten Boden. — Ueber die Verwaltungskosten der Gewerkschaften werden manchmal die unsinnigsten Gerichte verbreitet. In Nr. 1 der „Holzarbeiter-Zeitung“ macht der Vorstand des Holzarbeiterverbandes seinen Mitgliedern davon Mitteilung, daß er sich leider gezwungen sieht, die Unterstützungssätze herabzusetzen. Dabei wird über den Anteil der Ausgaben für Unterstützungen und Verwaltungskosten folgendes ausgeführt: „Nichts ist unsinniger, als das gehässige Geschwätz, daß die Mitglieder ihre Beiträge nur noch für die Zwecke der Verwaltung zahlen. Niemals zuvor ist der Anteil, den die Mitglieder unseres Verbandes von den geleisteten Beiträgen in Form von Unterstützungen direkt wieder zurückerhalten, größer gewesen als in diesen Krisenjahren. Schon im Jahre 1923 zahlte die Hauptkasse 57 und im folgenden Jahre 61 Prozent der Beitragseinnahmen als Unterstützungen wieder zurück. Im Jahre 1930 wurden für diesen Zweck fast die gesamten Beitragseinnahmen, nämlich 99 Prozent, aufgewendet. Im Jahre 1931 überstiegen die ausgezahlten Unterstützungssummen ganz erheblich die gesamten Beitragseinnahmen.“ — Wie es hier beim Holzarbeiter-Verband ist, so ist es auch bei anderen Gewerkschaften. Die Verwaltungsausgaben spielen im Gesamtetat eine geringe Rolle. Dagegen fressen die Unterstützungen die gesamten Einnahmen auf, d. h., also die Gewerkschaften opfern Einnahmen und Vermögen ihren Mitgliedern, sofern sie in Not geraten.

### Chemnitz / Jahresversammlung

Die Jahreshauptversammlung der Zahlstelle Chemnitz fand am 17. Januar 1932 im Volkshaus zu Chemnitz statt. Sie war besucht von 72 Delegierten. Die Tagesordnung war äußerst reichhaltig. Im Mittelpunkt derselben stand das Referat des Kollegen Thiemiß vom Hauptvorstand über „Gewerkschaftliche Aufgaben in der Jetztzeit“. Kollege Thiemiß schilderte eingehend zunächst die jetzige wirtschaftliche und politische Lage in Deutschland. Ganz naturgemäß mußte die Zersplitterung und Spaltung in der Arbeiterschaft dabei besonders betont werden, denn die Stöckkraft der Gewerkschaften sowie der Partei ist dadurch außerordentlich geschwächt worden. Die besitzende Klasse wälzt deshalb auch um so leichter alle Lasten auf die Besitzlosen ab und will mit aller Macht alle bisherigen Errungenschaften der Arbeiterschaft wieder zunichte machen. Besetzung der Arbeitslosigkeit, verstärkter Schutz für Leben und Gesundheit, größerer Einfluß der Arbeiterschaft und größeres Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, das ist jetzt das Ziel, für das die Gewerkschaften kämpfen müssen. Von der Stärke der Gewerkschaften und der Stärke des politischen Einflusses ist aber der Erfolg abhängig. Wir haben 6 Millionen Arbeitslose im Reich, im Fabrikarbeiterverband sind 36 Prozent der Mitglieder arbeitslos und 21 Prozent arbeiten verkürzt. Die Verbrechen und die Fehler des Kapitalismus haben diese Weltwirtschaftskrise herbeigeführt, aber die Schuldigen wollen sich immer wieder auf Kosten des Volkes gesund machen durch Herbeiführung hoher Zölle, Inflation und durch Schaffung einer künstlichen Inflation. Aber auch das wird ihnen nichts helfen, denn wie der Weltkrieg keine Erlösung für sie war und die Steigerung der Inflation im Jahre 1923 gezeigt hat, daß die Gewerkschaften nicht vernichtet werden könnten, so wird auch jetzt durch den starken Willen der Arbeiterschaft ihr Wunsch nicht in Erfüllung gehen. Kollege Thiemiß kam dann auf die Leistung des Fabrikarbeiterverbandes im besonderen zu sprechen, woraus ohne weiteres zu erkennen war, daß durch die Solidarität der Mitglieder diese Leistungen aufgebracht worden sind, und wenn der starke Wille dazu vorhanden ist und das Vertrauen zu den Gewerkschaften noch weiter wächst als bisher, dann brauche uns auch für die Zukunft nicht bange zu sein.

Anschließend daran gab der Kollege Siegmund den Geschäftsbericht. Er zeichnete ein hoffnungsloses Bild der Wirtschaft gerade im Chemnitz-Bezirk. Die gesamte Branche Grobkeramik liegt restlos still, in der Papierindustrie liegen 16 Betriebe still, so daß der Rückgang auf 5134 Mitglieder ohne weiteres daraus erklärlich ist. Hinzu kommt, daß trotz der ungeheuren Krise die Versuche zur Zersplitterung und zur Zerreißen der Gewerkschaften in erhöhtem Maße speziell von der sogenannten RGO. fortgeführt werden. In Rönitz versucht man mit allen Mitteln, den Verband zu zersprengen.

Im Jahre 1931 wurden 61 Klagen vor dem Arbeitsgericht anhängig gemacht, wovon nur drei verloren sind. Die Tätigkeit der Betriebsräte und der gesamten Funktionäre wird in keiner Weise anerkannt und um rege Mitarbeit auch für das kommende Jahr gebeten. Trotz der Trostlosigkeit der Lage sei Anlaß zur Verzweiflung nicht gegeben, denn mit vereinten Kräften und vereintem Willen wird die Krise überwunden werden.

Anschließend daran erstattete der Kollege Siegmund den Kassenbericht. 3171 arbeitslose Kollegen wurden unterstützt. Die Zahl der Invaliden stieg von 89 im 1. Quartal des Jahres 1931 auf 254 im 2. Quartal 1931 und es wurde mit Recht betont, daß solche Leistungen nur eine Organisation vollbringen kann, die auf Solidarität aufgebaut und vom Solidaritätsgedanken geleitet wird.

Die Aussprache über alle 3 Berichte bewegte sich in rein sachlichen Bahnen. Die Tätigkeit der Ortsverwaltung wurde anerkannt, Kritik an der Geschäftsführung nicht geübt. Bemerkenswert war die Debatte des Kollegen Dreißel. Remse, der fast wörtlich sagte: „Jede gesunde und vernünftige Kritik müssen auch die Führer der Gewerkschaften zulassen,

diese darf keinesfalls unterbunden werden, weil vernünftige Kritik stets fruchtbringend wirke. Auch er, der in der Opposition stehe, betone ausdrücklich, daß eine Kritik aus Dummheit oder aus Schlechtigkeit jederzeit zu verwerfen sei.“

Nachdem auf Antrag der Revisoren dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt worden war, wurde einstimmig eine Entschließung des Inhalts angenommen, daß sich die Versammelten gegen jede Spaltung und Zerreißen der Gewerkschaften mit allen Mitteln wehren, daß mehr denn je die Einigkeit und Geschlossenheit nötig sei und daß jeder Funktionär verpflichtet ist, tagtäglich für die Organisation zu werben und zu agitieren.

Die alten Mitglieder der Ortsverwaltung wurden mit Ausnahme eines Kollegen, der freiwillig ausschied, einstimmig wiedergewählt. Infolge Einverleibung der Bezirke Wechselburg und Geithain mit Chemnitz machte sich eine Änderung des Ortsstatutes nötig, welche einstimmig genehmigt wurde.

Nach kurzem Schlußwort des Kollegen Siegmund, wobei er nochmals den Dank aller Funktionäre aussprach, und der Hoffnung Ausdruck gab, daß das kommende Jahr eine Besserung bringen möge, wurde die eindrucksvolle und gut verlaufene Versammlung geschlossen. Max Seltmann.

### Bunzlau / Jahreskonferenz

Am 17. Januar hielt die Bezirkszahlstelle Bunzlau ihre Jahreskonferenz im Volkshaus Bunzlau ab.

Von der Gauleitung war der Kollege Thieme, Breslau, als Referent erschienen. Die Konferenz war von 40 Delegierten besucht. Einleitend referierte Kollege Thieme über die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse und hielt dabei Rückblick und Ausblick. Die Bankrottwirtschaft des Kapitalismus wurde hierbei in richtiger Weise gekennzeichnet; die Leidtragenden sind in erster Linie immer wieder die Proletarier. Tausende und Millionen sind verurteilt, ihre Arbeitskraft brach liegen zu lassen. Die Wenigen, denen noch Arbeit geboten ist, leiden unter Lohnruhr schlimmster Art. Der Referent ermahnte, trotz aller schweren Zeiten die Organisation nicht zu verlassen, da ja damit dann die letzte Stütze für die arbeitende Klasse fallen würde. Einigkeit und Solidarität kann uns nur über die schweren Zeiten hinweghelfen.

Der von den Kollegen Brockers und Dannahl vorgetragene Geschäfts- und Kassenbericht zeigte, daß auch die Bezirkszahlstelle Bunzlau stark unter den Verhältnissen zu leiden hatte. Die von uns betreuten Betriebe gehören zum größten Teil den Baststoffindustrien an. Das ganze Jahr hindurch waren nahezu 50 Prozent arbeitslos, die in den Betrieben verbliebenen Kollegen litten unter Kurzarbeit.

Allein 12 Betriebe wurden im letzten Jahr stillgelegt, wodurch 800 Kollegen ihre Arbeitsstätte verloren. Weitere 500 Kollegen wurden durch Teilsstilllegungen aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Der Tod entriß uns 24 Kollegen; zwei davon starben durch Unfall in den Tongruben. Versammlungen wurden 367 abgehalten. Verhandlungen und Vertretungen vor öffentlichen Körperschaften, Arbeitgebern usw. wurden 370 durchgeführt. Die Betriebsräte wahlen brachten uns 87 Sitze, davon 18 Betriebsratsvorsitzende.

Auch der Kassenbericht zeigte den Kollegen die Notwendigkeit der Organisation. So wurden an Arbeitslose etwa 54 000 Reichsmark zur Auszahlung gebracht. Die Zahl der unterstützten Invaliden stieg auf 135, denen 8000 Reichsmark gezahlt wurden. Aus lokalen Mitteln konnten Bedürftigen 3200 RM gezahlt werden. Die Berichte der Ortsgruppenleiter zeigten mancherlei Mängelheiten innerhalb der Betriebe auf. Die noch arbeitenden Kollegen werden vom Unternehmertum auf das schwerste ausgenutzt.

Verschlechterungen der Akkordpositionen sind an der Tagesordnung. Besonders unheimlich benahmen sich die Dachsteinwerke Sturm. Nicht zu vergessen sind auch die Steinzeugfirmen Hoffmann & Co. und Ed. Küttner.

Auch die Tafelglasindustriellen leisteten auf diesem Gebiet Außerordentliches.

Die Zahlstellenverwaltung wurde einstimmig wiedergewählt.

Unter „Gewerkschaftliches“ wurde auf das bevorstehende 25jährige Jubiläum der Zahlstelle verwiesen. Die Veranstaltung soll am 6. Februar stattfinden; an Jubilaren haben wir 41 Kollegen zu verzeichnen, darunter auch die Gründer der Zahlstelle, Koll. Kaletta.

Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Zahlstellenleiter die Konferenz mit der Ermahnung, weiterhin eifrig für die Organisation zu arbeiten und zu werben. B—s.

### Tettau / Generalversammlung

Am 11. Januar 1932 hielt die Zahlstelle Tettau in Langenau ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der 1. Bevollmächtigte, Kollege Müller, gab den Jahresbericht und führte dazu u. a. folgendes aus: Das Jahr 1931 war für unser Organisationsgebiet sehr schlecht. Die Zahl der Erwerbslosen stieg. Die in allen Betrieben eingeführte Kurzarbeit hat die Lebenslage der Arbeiterschaft im Bezirk auf das schwerste beeinträchtigt. In der Glasindustrie machten sich auch einige Stilllegungen bemerkbar. Noch schlimmer gestalteten sich die Verhältnisse nach dem Währungsfall in England und anderen Staaten. So kam es, daß das Glaswerk Tettau grund zwei Ofeneinheiten stilllegen mußte. Die Belegschaft wurde auf die Hälfte reduziert. Bei Hammerschmidt und bei Heinz in Kleintettau wurde auch je eine Ofeneinheit stillgelegt. In allen Betrieben im Bezirk ist die Umstellung von mundeblasenem Glas auf halbautomatische Maschinen fast restlos vollzogen. Außer dem offiziellen Lohnabbau haben die Glas- und Porzellanarbeiter erheb-

lichen kalten Lohnabbau schlucken müssen. Zu all diesen Eingriffen in die Lohnverhältnisse der Arbeiter kommen noch Verschlechterungen durch die 4. Notverordnung Brünings. Danach werden alle Löhne und Gehälter, ohne Rücksicht darauf, ob Tarifverträge laufen oder nicht, auf den Stand vom 10. Januar 1927 zurückgeführt. Der angekündigte Preisabbau ist noch nicht so weit vollzogen, wie es nach dem Abbau der Löhne notwendig wäre. Auch wenn der Preisabbau völlig durchgeführt würde, die Anknüpfung der Wirtschaft würde ausbleiben, weil durch den Lohnabbau die Kaufkraft schwindet. Einen schweren Kampf hatten wir im Jahre 1931 mit der NSDAP. in unseren Orten zu führen. Auch unsere Freunde von links (KPD.) haben versucht, die Organisation im Bezirk zu zerschlagen. Die Zahlstelle konnte sich gegen beide Fronten durchsetzen. Daraus ist zu ersehen, daß es unseren Feinden von rechts und links nicht gelungen ist, die freie Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Auch in der Zukunft wird das nicht gelingen. Energie und Selbstbewußtsein und Treue zur Organisation werden über die schwierigsten Zeiten hinweghelfen.

Den Kassenbericht gab der Kollege Meinhold. Beide Berichte wurden ohne Diskussion entgegengenommen. Die alte Verwaltung wurde mit einer kleinen Änderung wiedergewählt.

Ueber die Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen für die deutsche Weißhohlglasindustrie und die 4. Notverordnung sprach der anlässlich von Lohnstreitigkeiten anwesende Kollege Max Ehrler-Charlottenburg. Er wußte alles Wichtige über dieses Thema in einfachster Weise den Anwesenden klarzumachen und gab Aufschluß über alle Wesensmerkmale in verständlicher Form. Mit einem Mahnruf, auch in dieser schweren Zeit treu zur Organisation zu halten, schloß Kollege Ehrler seine Ausführungen, die mit großem Beifall quittiert wurden.

Auch Kollege Müller gab in seinem amtierendem Schlußwort noch einige Mahnungen, fest zum Verbands zu halten! Die Versammelten gelobten das durch lebhaftes Bravo.

### Freiberg / Generalversammlung

Am 16. Jan. hielt die Zahlstelle Freiberg ihre diesjährige Generalversammlung ab. Als Referent wurde der Verbandsvorsitzende Kollege Thiemiß, Hannover, gewonnen, welcher einen Vortrag über „Gewerkschaftliche Aufgaben in der Jetztzeit“ hielt. Ein kurzer Auszug aus der Rede kann unter Chemnitz nachgelesen werden.

Anschließend wurde vom Kollegen Tempel der Geschäftsbericht behandelt. In verschiedenen Industriegruppen sind die Löhne unter dem Stand von 1927 gesenkt worden. Die Arbeitgeber sind damit noch nicht gesättigt und versuchen, die Löhne noch unter die in der Notverordnung festgelegten zu senken. An den Kollegen in den Betrieben wird es liegen, dieses zu verhindern. Um weitere Entlassungen zu vermeiden, hat sich die Arbeiterschaft in einzelnen Betrieben des Zahlstellenbereiches bereit erklärt, die Arbeitszeit auf 42 bzw. 40 Stunden herabzusetzen. Die Porzellanfabrik Kahla in Freiberg ist gänzlich stillgelegt worden, und mehrere treue Gewerkschaftskollegen müssen das traurige Los vieler Tausender des Bezirkes teilen. Von seiten der Zahlstelle ist alles versucht worden, Arbeitsmöglichkeit zu schaffen, leider ohne Erfolg. Auch ist versucht worden, die Not der erwerbslosen Mitglieder einigermaßen zu steuern. An 916 Mitglieder sind Weihnachtsbeihilfen in Höhe von 3 und 5 RM aus lokalen Mitteln bezahlt worden. Oftmals wird dies von den Kollegen nicht eingesehen.

Aus dem Kassenbericht, den der Kollege Petzold gab, ist folgendes zu entnehmen: Im 4. Quartal 1931 mußten 80 Prozent der Einnahmen der Hauptkasse an Unterstützungen an die Mitglieder zurückgezahlt werden, und zwar an Arbeitslose 11 797,85 RM, an Kranke 3381,30 RM, an Invaliden 4069,35 RM.

Aus lokalen Mitteln wurden im letzten Quartal für unsere arbeitslosen Mitglieder eine Weihnachtsbeihilfe von 4411 RM gezahlt. Die Jahresabrechnung, welche eine Einnahme von 120 547,78 RM aufweist und mit der Ausgabe balanciert, ist trotz der Krise nicht als ungünstig zu bezeichnen. Im Jahresdurchschnitt wurden 61 Prozent der Einnahmen an Unterstützung an die Mitglieder zurückerstattet. Die Abrechnungen wurden von den Revisoren geprüft und alles in bester Ordnung vorgefunden. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zu Neuwahlen wurden neue Vorschläge nicht gemacht und die alten Verwaltungsmittglieder, Delegierten und Branchenleitungen von der Generalversammlung einstimmig wiedergewählt.

Kollege Tempel schloß die Versammlung mit dem Hinweis, alles Gehörte nicht für sich zu behalten, sondern in der Öffentlichkeit für die Gewerkschaft nutzbringend zu verwerten. Fr. Langfelner, Schriftführer.

### Bayreuth / Generalversammlung

Die Zahlstelle Bayreuth hielt am 17. Januar ihre Generalversammlung ab, die gut besucht war und einen ebensolchen Verlauf nahm.

Aus dem Bericht des Vorsitzenden ging hervor, daß der Mitgliederstand um 5 Prozent zurückgegangen ist. Dieser Rückgang ist auf die schlechte Beschäftigungslage in den zuständigen Industrien zurückzuführen. 73 Prozent der Mitglieder sind arbeitslos, der übrige Teil arbeitet verkürzt, ein bis vier Tage in der Woche.

Die Zahl der invaliden Mitglieder, die vom Verband Unterstützung erhalten, ist auf 23 gestiegen, an sie wurde die Summe von 2232,10 Reichsmark ausbezahlt. Aus Mitteln der Hauptkasse wurden insgesamt 15 369,55 RM, aus Mitteln der Lokalkasse 430 RM an Unterstützungen für das vergangene Jahr ausbezahlt.

Durch die schlechte Wirtschaftslage war es leider nicht möglich, die Löhne auf dem Stand

vom Vorjahre zu halten, sie sind im Laufe des Jahres um durchschnittlich 10 Prozent gesunken, die Notverordnung brachte nochmals eine Senkung von 10 Prozent für sämtliche Industrien, so daß ohne Kurzarbeit eine Senkung von 20 Prozent zu verzeichnen ist. Den Gewerkschaften obliegt die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Preisabbau sich auch in dieser Höhe bewegt. Jedemfalls darf zur Erreichung dieses Zieles nichts unversucht gelassen werden. Es liegt auch an den Mitgliedern, den Preisabbau zu unterstützen, indem sie nur dort einkaufen, wo die Preise gesenkt sind.

Die Neuwahl brachte keine wesentlichen Änderungen, die Wiederwahl der Vorstandsmittglieder erfolgte einstimmig.

Nachdem noch der Kartellbericht gegeben und einige Anfragen erledigt waren, konnte der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung schließen mit dem Appell, auch im kommenden Jahr alles daran zu setzen, den Mitgliederstand zu halten, denn nur durch Geschlossenheit ist es möglich, die Scharte wieder auszuweiten.

### Niederösterreich

Die Auszahlung von jeglichen Verbandsunterstützungen erfolgt vom 1. Februar ab nur jeden Freitag nach, von 2 bis 4 Uhr (11 bis 16 Uhr). Ist der Freitag ein Feiertag, dann den Tag zuvor. Werden Unterstützungen an dem Tage nicht abgeholt, dann wird die Unterstützung erst am nächsten Freitag ausbezahlt. Die Auszahlung von Unterstützungen erfolgt beim Kollegen Heiner Schmidt, Kupferhammerstraße 6.

Die Zahlstellen-Leitung. Oskar Schröter.

### Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 2a, in Verbindung mit § 14 Ziffer 5, die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle Harburg-Wilhelmsburg: Heinrich Frühling, Buch-Nr. 908 338. — Rauscha: Richard Krause, Buch-Nr. G 95 755. — Selb-Plöbberg: Christian Kästner, Buch-Nr. 61 015.

### Arbeitsmarkt

Ein zuverlässiger, tüchtiger, 33-jähriger Hafenschlepper sucht infolge Betriebsstilllegung eine Dauerstellung in einer Glasfabrik. Genannter gilt als besonderer Fachmann für Herstellung sämtlicher Ofen- und Wannenbausteine, Wannenschwimmer und aller Arten Glashafen. Er ist speziell infolge seiner 10-jährigen Meistertätigkeit vertraut mit Ofen- und Ofenaufbauten, sowie mit dem Brennen sämtlicher Materialien. Erstklassige Zeugnisse dienen als Referenz.

Offerten an die Bez.-Zahlstelle des „Keramischen Bund“, Geschäftsführer Wagner, Josef Weiden (Opf.), Naabstr. 6.

Glasgraveur, erfahren in sämtlichen einschlägigen Arbeiten, sucht Stellung durch Keramischen Bund, Charlottenburg, Brahestraße 2-5.

Gebrauchte komplette Glasgraveur-Werkzeuge werden abgegeben. Anschriften sind zu machen u. B. L. 13063 Wehrau, Post Bunzlau-Land.

### Schriften und Bücher

Bewährte Mittel der häuslichen Gesundheits- und Krankenpflege. Leibwörter, Kompressen und andere Packungen. Wechselfußbad, ihre Anwendung bei Arterienverkalkung, akuten fieberhaften Erkrankungen, Kinderkrankheiten, Herzleiden, Migräne, nervösen Störungen, Schlaflosigkeit, Nierenleiden, Verdauungsstörungen, Zuckerkrankheit, Frauenleiden usw. Von Dr. med. H. Maltzen, leitender Arzt der Anstalt für Nerven- und Stoffwechselkrankheiten in Baden-Baden. Mit Bildern. Erschienen im Süddeutschen Verlagshaus, G. m. b. H., Stuttgart, Birkenwälderstr. 44. Preis nur 1,25 RM. — In dem Büchlein werden Hinweise gegeben über Leibwörter, Kompressen und andere Packungen, Wechselbäder. Jeder Mensch, der sich danach richtet, muß schon stets darauf achten, ob ihm die angepriesenen Methoden will. Ob die Anleitungen richtig sind, kann ein Laie nicht beurteilen. Wer Versuche nach den Vorschriften machen will, muß selbst ausprobieren.

Die „Internationale Rundschau der Arbeit“ erscheint jetzt bereits im zehnten Jahrgang. Sie berichtet über alle Vorgänge in der internationalen Sozialpolitik, über die arbeitsrechtlichen und sozialen Zustände in allen Ländern der Welt und enthält regelmäßig umfassende Sozialstatistiken, z. B. über Wanderungswesen, die Lohnbewegung, den Arbeitsmarkt, die Preisentwicklung, Betriebsunfälle, Arbeitsstreitigkeiten usw.

Das erste Heft des zehnten Jahrganges enthält eine ausgezeichnete Antwort auf die heute so umstrittene Frage „Verursacht die Arbeitslosenversicherung Arbeitslosigkeit“. Der Leiter der Forschungsabteilung des Internationalen Arbeitsamts, Fernand Maurette, hat hier das Wort zu einer gründlichen Klärung dieser Frage ergriffen. Ein Aufsatz von dem bekannten Schriftsteller Wladimir Woytinski, behandelt das Thema „Die internationale Arbeitsbeschaffung und die Weltkrise“ und weist praktische gangbare Wege für die Finanzierung großer öffentlicher Arbeiten. Der Außenpolitiker des „Journal de Genève“, P. W. Martin, hat erneut zu dem Macmillanbericht Stellung genommen. Er behandelt die Frage der internationalen Zusammenarbeit der Banken im Zusammenhang mit den Vorschlägen, die heutige Goldwährung wirksamer zu machen. Das Heft enthält ferner eine Reihe von Rundschauen über soziale Teilgebiete, insbesondere über die Sozialversicherung und den Arbeitsmarkt, während der statistische Teil eine umfassende zahlenmäßige Darstellung der Entwicklung der Arbeitsunfälle für alle Länder enthält, die eine Unfallstatistik führen.

Die monatlich 100 Seiten starke Zeitschrift kostet je Heft 1,50 RM, im Jahresbezug (zwölf Hefte) 15 RM zuzüglich Porto. Sie kann durch den Buchhandel oder durch die Abteilung für Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamts, Zweigamt Berlin NW 40, bezogen werden.

## Die Kameradin / Von Gregor Jarcho

Eine Cafébekanntschaft ist schnell gemacht. Zwischen neun und zehn etwa ist in einem guten Lokal bestimmt kein Tisch mehr frei. Kommt man aber herein, so stürzt auf einen der Geschäftsführer zu oder ein Kellner, macht eine devote Verbeugung, eine einladende Handbewegung, sagt: „Bitte sehr, hier ist noch Platz!“, und man geht nicht fort, wo auch, man war ja gekommen, um da zu bleiben — und dann dauert es meist nicht lange, und man ist mit seinem zufälligen Gegenüber in ein Gespräch verwickelt.

Ferdinand Klotz jedenfalls war der Ansicht, daß internationale Bekanntschaften nur auf diese Weise zu schließen wären.

„An so einem Cafétisch ist man in keiner Weise voreingenommen“, sagte er. „Man kommt einander ganz anders entgegen, als wenn man sich irgendwo in Gesellschaft kennenlernt und von Anfang an weiß, daß die kleine Blonde die Nichte des Geschäftsfreundes von Onkel Karl und die große Brünnette die Braut des Herrn Schulze junior ist. Es genügt, daß ich ein Herr bin und die Dame eine Dame ist.“

Nun muß allerdings gesagt werden, daß Ferdinands auf diese Weise angeknüpfte Bekanntschaften nie von Dauer waren und meist bereits am selben Abend ein jähes Ende fanden. Und es darf nicht verschwiegen werden, daß die Schuld daran Ferdinand selber traf. Denn er hatte es sich zur Gewohnheit gemacht, beim Abschied — meist vor der Haustür der Dame — folgende ein für allemal auswendig gelernte Tirade hervorzuspudeln:

„Ich freue mich wirklich außerordentlich, Sie kennengelernt zu haben, gnädiges Fräulein, ich habe mich schon lange nicht so gut

## Frauen des Volkes?

Euch schlichten, abgehärmten Frauen,  
Die Ihr im Alltagsleben steht,  
Sollt man fürwahr ein Denkmal bauen,  
Um das der Ehrfurcht Odem weht.

Noch hat kein Sängler es besungen,  
Was euer Heldentum verbirgt,  
Es ist nicht in die Welt gedrungen,  
Was Ihr im Stillen Großes wirkt.

Euch trifft die Ungunst trüber Zeiten,  
Besonders schwer, Ihr duldet still,  
Wenn Not und Sorge mit Euch streiten,  
Und jede Hoffnung schwinden will.

Ihr müßt dem Leben viel entsagen,  
Ihr kennt des Daseins bittere Pein,  
Ihr dürft des Weibes Palme tragen,  
Denn Euch gebührt sie nur allein.

Hans-Weig.

und angeregt unterhalten wie heute abend, und ich möchte Sie nur zu gerne wieder treffen, indessen — Sie sind doch eine moderne Frau und werden meine Offenheit zu würdigen wissen — ich bin nämlich bereits 32 Jahre alt und überzeugter Junggeselle, eine Kameradin wie Sie wäre das große Los meines Lebens; aber von Liebe verstehe ich nichts, und vor der Ehe habe ich Angst wie der Teufel vor dem Weihrauch — Sie verstehen doch! Wann darf ich Sie also wiedersehen?“

„Nie!“ antworten die meisten jungen Damen, denn so viel Sachlichkeit am ersten Abend der Bekanntschaft verträgt auch ein hypermodernes Frauenherz nur selten.

Mitunter geschah es freilich, daß man ihm doch ein Stelldichein versprach. Aber auch dann kam es oft vor, daß die Versprecherin nicht Wort hielt.

Ferdinand setzte sich darüber ziemlich leicht hinweg.

Eines Abends aber, als er zu einem vereinbarten Stelldichein gekommen war, und die Schöne, mit der er sich verabredet hatte, nicht erschien, lernte er eine andere junge Dame kennen, die merkwürdigerweise der Ungetreuen im Aussehen ziemlich ähnlich war, ihm sehr gut gefiel, ihn an der Haustür mit verständnisvollem Lächeln anhörte und auf seine Schlussfärbung folgendes erwiderte:

„Ich bin ganz Ihrer Meinung, Herr Klotz. Ich könnte jedes Wort unterschreiben. Bitte, seien Sie morgen um dieselbe Zeit im selben Café.“

Ferdinand verbeugte sich und küßte der jungen Dame die Finger. Sein Herz hüpfte.

Die Gedankengänge junger Damen — erforschen, ist ein Unterfangen, dem kein Mensch gewachsen sein kann. Fräulein Brigitte Franz, die zierliche Stiehmutter, die Ferdinand eine so erfreuliche Antwort gegeben hatte, saß etwa vier Minuten später mit wütendem Gesichtsausdruck zwischen Mutter und Schwester und erzählte:

„Ein Viech ist er! Es kam alles so, wie du vorausgesetzt hast, Ise. Nachdem du ihn mir gezeigt hastest, betrat ich das Café; ein Platz an seinem Tisch war noch frei, ich setzte mich hin, lächelte ihn an... Wir kamen ins Gespräch... Ich muß sagen: Er ist sehr unterhaltsam...“

„Nicht wahr? Nicht wahr?“ unterbrach Ise die Schwester.

„Doch als es halb zehn wurde, erhob ich mich. Er erbot sich natürlich, mich zu begleiten, kam bis vor die Tür, meinte kopf-

schüttelnd, das Haus käme ihm so bekannt vor — da hat er wohl an dich gedacht — und dann legte er los und brachte alles vor, was du mir gestern erzählt hast — Wort für Wort! Ich kenne dieses Gerede. Das beboutet zu deutsch: Heute die, morgen eine andere und mit jeder dasselbe. Aber nicht mit mir! Nicht mit mir!“ Ihre Augen zogen sich merkwürdig drohend zusammen, „Ich werde ihm eine Lehre erteilen, die er nicht so bald vergessen wird!“

Die Mutter schüttelte den Kopf. Ise rief: „Willst du dich denn mit ihm wirklich noch einmal treffen?“

„Aber selbstverständlich!“ erwiderte Brigitte. „Ich halte Wort.“

Am nächsten Abend war Ferdinand rechtzeitig da. Auch Brigitte kam pünktlich. Sie unterhielten sich sehr gut und gingen dann ins Kino. Das war Ferdinands übliche zweite Etappe.

„Im Dunkeln, bei Musik, wenn auf der Leinwand geküßt und geherzt wird, kann man ganz unwillkürlich die Hand der mitgenommenen Dame ergreifen, sie leise streicheln, und — wenn sie sich nicht wehrt — ergibt sich dann alles andere von selbst.“

Aber Brigitte überließ ihm ihre Rechte nicht. „Wir sind doch beide so vernünftige Menschen, Herr Klotz“, sagte sie. „Lassen Sie das. Händestreicheln hat doch weniger

mit Kameradschaft als mit Liebe zu tun, und davon verstehen wir ja beide nichts.“

„Wieso?“ versuchte Ferdinand, unangenehm überrascht, einzuwenden.

„Sie sagten es doch gestern selber!“ unterbrach Brigitte rasch. „Liebe ist dazu noch so oder anders eine Vorstufe zur Ehe, und davor haben wir beide Angst. Außerdem könnte ich Ihre Frau ohnehin nicht werden.“

Der bittere Geschmack, den Ferdinand auf einmal im Munde verspürte, fand in seinem Befremden — für ihn selbst wenigstens — keine logische Erklärung. „Warum denn? Ich meine, warum betonen Sie so das Wörtchen ‚Ihre‘? Wir sehen uns heute zum zweitenmal, Sie kennen mich ja gar nicht! Sie wissen ja noch nichts von mir!“

„Mehr als Sie glauben, Herr Klotz. Aber wir wollen uns doch nicht streiten!“

„Nun, es interessiert mich doch einigermaßen...“

„Sonderbarer Mensch!“ lachte Brigitte. „Sie selber wollen doch auch nicht heiraten! Und ob ich etwas Besonderes betone oder nicht, kann Ihnen gleich sein. Wir heiraten eben nicht und punktum. Soll ich enttäuscht werden? Ich hoffe, in Ihnen einen Kameraden zu finden!“

Ferdinand gab darauf keine Antwort mehr. Es konnte ihm ja in der Tat gleich sein, ob dieses Mädchen nur ihn oder überhaupt nicht heiraten würde. Aber es blieb ein Nachgefühl der Kränkung, die durch kein Überlegen fortgeschwächt werden konnte und sich wie ein Säuretropfen immer tiefer und breiter in ihn hineinfraß. (Schluß folgt.)

## Heroismus / Von Bernhard Mann

Heroismus ist ein schönes Wort. Bei seinem berausenden Klang denkt man unwillkürlich an mutige Taten kraftstrotzender Männer, an beispiellose Aufopferung liebender Frauen, Manch Großes und Schönes weiß die Geschichte davon zu berichten. Aber meist sind es einzelne, sogenannte Helden, um deren lorbeerbekränzte Häupter sich ein oft sagenhafter heroischer Nimbus schlingt. Seiten wohl berichtet der Chronist vom Heroismus in Masse. Wohl spricht man ab und zu von vorbildlichen Eigenschaften ganzer Völker, besonders in Kriegszeiten; hebt auch zuweilen das mit zäher Ausdauer erduldeten tragische Geschick ganzer Volksteile mit großer Geste hervor — aber es bleibt immer Gestalt! Auch die Dramaturgie bedient sich fast ausnahmsweise des individuellen Helden, wenn man von Hauptmanns „Webern“ oder Tollers „Machschneidern“ absehen will. Und doch leben wir gegenwärtig in einer Periode des Massen-Heroismus. Es sind ja auch schon gute Anfänge vorhanden, daß die neue, erdgebundene Literatur das Schicksal der Masse in den Vordergrund rückt. Auch die Kamera des Film-Operateurs beleuchtet mehr und mehr das Geschehen der Welt vom Massenschicksal aus, eine Erscheinung, die in den gesellschaftlichen Wandlungen veränderter Staatsformen begründet liegt. In der demokratischen Gesellschaft verflacht die Ueberragtheit des einzelnen; breiteste Teile werden zu Trägern und Führern des Ganzen und hemmen oftmals die subjektive Gestaltungskraft, ohne deswegen aber irgendwie negativ sich auszuwirken.

Massen-Heroismus! Die Kriegs- und Nachkriegszeit spricht Bände davon. An den Fronten vierjähriges Aushalten in mörderischem, entnervendem Kampfe. Mensch an Mensch, unsäglichen Gefahren ausgesetzt, wußten diese Kämpfer auf höheren Befehl die Tragik des Moments zu erdulden, opferten ihr Sein in heroischer Gelassenheit. Im Hinterland, wo es keine andere Parole als die des Durchhaltens gab, sahen Greise, Frauen und Kinder vor Hunger und Elend dahin. Ihr Heroismus war grenzenlos und das Schicksal aller dieser Namenlosen wartet immer noch auf seine Glorifizierung. Die Nachkriegszeit selbst ist ein einziges Kapitel von Hunger und Wunden. Reichhaltig illustriert sich hier die furchtbare Misere eines Volkes. Wieder ist es die Masse, die den bitteren Leidenskelch bis zur Neige leeren muß, während eine dünne Oberschicht auf den Gebelnen der Verhungerten ums goldene Kalb einen grotesken Tanz aufführt. Die folgende Inflation trifft mit furchtbarer Wucht alle die kleinen Sparer, wo im gleichen Moment Schieber und Wucherer ein zermartertes Volk bis zum Weißbluten aussaugen. Wieder sind es die Aermsten der Armen, die in erster Linie die Geißel der Zeit zu spüren bekommen.

Aber es sollte noch schlimmer kommen, nichts blieb diesen von Krieg, Hunger und Inflation zermürbten Massen erspart. Gleich Peitschenhieben traf mit wuchtigen Schlägen eine katastrophale Krise das Heer des Lohnproletariats. Nichts deutet darauf hin, daß in Balde ein Abebben eintreten könnte. Drohend schleicht das Gespenst umher und malt mit unheilvollen Farben die Kummernisse des kommenden Winters an die Wand. Ein Winter, der laut Brüning der schlimmste des Jahrhunderts sein wird! Millionen werden angstvoll und hungrig in den kalten Tag starren. Tränende Mutteraugen werden sich gramvoll verhüllen vor hungrigen Blaskindern, erschauernd ihr gewaltiges Weh gen Himmel stoßend. Vollkräftige Männerhäute, in leeren Taschen vergraben, lecken nach gewohnter Arbeit. Milkmüt wird Platz greifen, Streit und Zank Ehen zerrütten und feste Charaktere werden zugänglich sein verwerflichen Tuns.

Golgatha der Masse! Masse Mensch ist ans Kreuz geschlagen!

Kommt die Erlösung? Die glühende Erkenntnis der großen Masse wird Oberwasser behalten und mit verbissenen Zähnen kämpfend der frostigen Nacht dem sonnigen Tag abtrotzen. Eiserner Heroismus einer geknechteten Klasse wird diesen Tag mit warmen Händen empfangen, um ihn nicht mehr freizugeben.

## Jugendleiterkursus im Gau I Hannover

In unserer aufgeregten Zeit der Krise ist es doppelt notwendig, den Nachwuchs der organisierten Arbeiterschaft mit allen Mitteln zu fördern und der jungen Generation klar zu machen, daß alle Schaumschlägerei uns nicht von den harten nüchternen Tatsachen der Wirklichkeit freimachen kann. „Erkennen was ist“ und aus dieser Erkenntnis die notwendigen Lehren ziehen, das ist die Aufgabe, die die Gewerkschaften zu erfüllen müssen. Den Nachwuchs im Fabrikarbeiterverband zu fördern und die Mitarbeit der Jugend in der Organisation aktiver zu gestalten, sind die Grundaufgaben, die den Gauvorstand des Gau I Hannover veranlaßte, 23 junge Kolleginnen und Kollegen zu dem „Jugendleiter-Kursus“ unseres Verbandes am 2. und 3. Januar nach dem Schulheim Wenggen zu laden. Es war ein Anfang, ein Versuch, doch kann gesagt werden, daß der Kursus dieser Art in unserem Verbande vollendet gelungen ist.

„Jugend und Industriearbeit“, welches Thema wäre wohl in der heutigen Zeit wichtiger als dieses! Gauleiter Scheinhardt behandelte es; er zeigte auf, wie die heutige junge Arbeitergeneration durch die Industriearbeit geistig willens- und weltanschauungsmäßig geformt wird. Ihr Wesen ist aus der sozialen Schichtung heraus geboren, ein Entrinnen aus dem Zwang der modernen Industriearbeit ist nicht möglich. Die Industriearbeit ist ihr Schicksal. Millionen jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen sind heute in der Industrie tätig und verrichten Arbeiten schwierigster Art. Da dreiviertel Industriearbeiterschaft ungelernete Arbeiter sind, ist der ungelernete Fabrikarbeiter die Hauptschicht der Industriearbeiter. Infolge der großen technischen Umwälzungen

der jungen Arbeiter, die man für den Militärdienst brauchte, entstanden waren, wurden die wesentlichsten Paragraphen der Gewerbeordnung, des Kindersch.-Ges., des Bürgerl. Gesetzbuches und der Arbeitszeitverordnung behandelt. Obwohl durch die Arbeitszeitverkürzung als Folge der ungeheuren Wirtschaftskrise auch die Arbeitsdauer der Jugendlichen eine Kürzung erfahren hat, so haben doch die Gewerkschaften die Aufgabe, für die Innehaltung der gesetzlichen Schutzvorschriften zu sorgen. Sie haben ihre ganze Kraft einzusetzen für den strafrechtlichen Schutz der Arbeitskraft der Jugend. — Mit diesem Vortrag war das Arbeitspensum des ersten Kurstages erledigt. Am Abend hielt eine gesellige Veranstaltung alle Teilnehmer in frohlicher Laune.

Am Sonntagmorgen hielt Kollege Gustav Riemann, der Leiter der Lit.-Stat. Abteilung beim Hauptvorstand, einen Vortrag „Von Wandern und vom Schauen auf der Wanderung“. Dieser instruktive Vortrag führte alle Kurssteilnehmer in das Wesen und den Zweck des Jugendwanderns ein. Neben den Betrachtungen über seine Eigenart als Volkssport wurde besonders der Wert des Wanderns für die körperliche Gesundheit und für die geistige Entwicklung, für die Erweiterung des Gesichtskreises, herausgestellt. Vorliegende schriftliche Richtlinien gaben gute Anregungen für die praktische Durchführung von Jugendwanderungen.

„Jugend und Literatur“ war das nächste Thema, das ebenfalls vom Kollegen Riemann behandelt wurde. Zu den Aufgaben der Jugendgruppen unseres Verbandes gehört die geistige Weiterbildung. Neben der Behandlung gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Stoffe ist die Erweckung des Verständnisses für gute Literatur eine sehr wichtige Aufgabe in der praktischen Arbeit unserer Jugendgruppen. Es ist das Verdienst der sozialistischen Arbeiterbewegung, die Arbeiterklasse überhaupt mit dem geistigen Leben der Nation in Verbindung gebracht zu haben. Die Jugend, empfänglich, aufnahmebereit und begeisterungsfähig, muß auf diesem Wege der geistigen Durchdringung der Arbeiterklasse als Bahnbrecher wirken. Die Arbeiterbewegung müsse eine geistige Bewegung sein, oder sie verliere ihre beste Stoß- und Werbekraft.

An alle Vorträge schloß sich eine Aussprache an, die der inneren Bereicherung diente und ganz im Geiste vorwärtstreibender Menschen gehalten war. Infolge der sehr ungünstigen Witterung konnte die angesetzte „Lehrwanderung“ nicht durchgeführt werden. An ihrer Stelle wurde am Nachmittag eine Aussprache über die Werbearbeit unter den Jugendlichen sowie über den Kursus vorgenommen, die vom Gauleiter Scheinhardt geleitet wurde. In der sehr umfangreichen Aussprache wurde festgestellt, daß infolge der verschiedenen Struktur der einzelnen

## Was der Jugend im dritten Reich blüht

Wie das Los des arbeitenden Menschen in einem nationalsozialistischen Staate sein wird, geht aus einer Anzahl Schilderungen aus nationalsozialistischem Munde deutlich hervor.

Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“, Nr. 9, vom 12. Januar 1932 gibt einen Vortrag wieder, der anlässlich einer Sondertagung nationalsozialistischer Juristen und Volkswirte (nicht Arbeiter) über die „Gestaltung und Organisation der Arbeitsdienstpflicht im nationalsozialistischen Staate“ gehalten wurde. In diesem Vortrag heißt es:

„Die Arbeitsdienstpflicht wird auf Grundlage, wie sie einst das Heer hatte aufgebaut werden. Dazu wird jeder Deutsche ob männlichen oder weiblichen Geschlechts ohne Unterschied des Standes, verpflichtet sein, im Alter zwischen 17 und 21 Jahr ein Jahr lang für den Staat zu arbeiten. Das es eine Ehrenpflicht sein soll, genau wie damals die Wehrpflicht, werden die Arbeitsdienstpflichtigen außer freier Unterkunft, Verpflegung und Kleidung, nur ein kleines Taschengeld erhalten, wie früher der Soldat... Die Folge einer Arbeitsdienstpflicht, allgemein durchgeführt, wird die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sein. Viele Millionen Mark für Unterstützungen werden fortfallen können, und so zur Finanzierung der Dienstpflicht beitragen... Als Führer werden alte Soldaten in Frage kommen. Die Unterbringung wird geschlossen geschehen. Es ist dabei vor allem an leerstehende Kasernen und andere Massenquartiere zu denken. So wird einmal im Sinne Steins und Scharnhorsts das Volk wieder emporsteigen und genesen.“

Zahlstellen ein einheitlicher Plan für die Werbearbeit und für die Ausgestaltung der Jugendarbeit nicht aufgestellt werden könnte. Es wurde aber scharf hervorgehoben, daß die Hauptaufgabe aller Veranstaltungen die Werbung und Organisation der jugendlichen Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen in unseren Jugendgruppen und damit in unseren Verbänden sein müsse. Mit den dargebotenen Vorträgen und dem Kursusplan waren alle Teilnehmer einmütig einverstanden. Der Jugendleiter-Kursus im Gau I Hannover war der erste seiner Art in unserem Verbande und zugleich ein Versuch und ein voller Erfolg. Die jungen Funktionärinnen und Funktionäre haben in den beiden Tagen gutes geistiges Rüstzeug empfangen für ihr ferneres Wirken. Sie werden den Dank an Gauleiter, Lehrer und Verband dadurch abstatten, daß sie sich mit Feuereifer den ihnen gestellten Aufgaben in der Jugendarbeit des Verbandes widmen und damit mehr helfen die Kraft der Organisation, des Verbandes, der Fabrikarbeiter Deutschlands. P. Kohlmeier.